

Eübeder Votlsbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Votlsbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2,40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Verkündigungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 104.

Donnerstag, den 4. Mai 1916.

23. Jahrg.

Aus der Welt des Profits.

Tag für Tag werden jetzt Bilanzen veröffentlicht und die Gewinne der großen Unternehmungen im Kriegsjahr 1915 werden offenbar — das heißt, soweit die Rechnungsabläufe einen Einblick gestatten. In der Kunst, die Gewinne zu verschleiern, sind die Herren der Banken und der Industrie immer groß gewesen. Im Kriege aber ist diese Kunst zur Meisterschaft gediehen. Denn in der Zeit des Krieges wirken große Profitsummen noch aufreizender als sonst. Ein Beispiel solcher Verschleiervorgänge bietet die Bilanz der bekannten Daimler-Motoren-A.-G., die bei dem Kapital von 8 Millionen Mark 6,6 Millionen Mark Reingewinn ausweist und eine Dividende von 24 Prozent der Generalversammlung in Vorschlag gebracht hat. 24 Prozent Dividende sind zwar nicht ohne, aber die Aktionäre witterten mit Recht, daß ihnen noch höherer Gewinn gebührt, und zweifelten in der kürzlich in Stuttgart abgehaltenen Generalversammlung die Richtigkeit der Bilanz an. Da mußte nun der Direktionsvorstand zugeben, daß alle ausländischen Forderungen und Beteiligungen bis auf eine Mark abgeschrieben wurden; daß sehr bedeutende Betriebsvergrößerungen gesehen sind, die in der Bilanz nicht entsprechend zum Ausdruck kommen. Da 50 Prozent des Gewinnes als Kriegsgewinnsteuerrücklage gebucht werden müssen, könnte man aus dieser Zahl auf den wirklichen Gewinn schließen. Aber damit dies verhindert werde, hat man diese Rücklage auf das Gläubigerkonto gebucht! Der merkwürdige Vorgang ist auch bei anderen Aktiengesellschaften beobachtet worden.

Für die Beurteilung der kapitalistischen Eigenart und seiner Eigenschaften sind diese Tatsachen nicht ohne Interesse. Sie zeigen nämlich, was uns freilich niemals zweifelhaft war, mit aller Deutlichkeit, daß die Masse der Aktionäre nichts weiter ist als Rentner, die auf die Verwendung ihres Kapitals so wenig Einfluß wie der Sparer, der sein Geld einer Bank oder einer Sparkasse übergibt und sich allmählich seine Zinsen einliefert. Das Kommando über die gewaltigen Kapitalien der großen Gesellschaften führen die Vertreter der wenigen Großaktionäre, die in aller Regel mit dem Finanzkapital in enger Verbindung stehen, wenn sie nicht seine unmittelbaren Untergebenen sind. In ihre Taschen strömt der reiche Gewinn, den der Krieg der Rüstungsindustrie gebracht hat.

Dieses Finanzkapital hat nun auch wieder seine eigenen Entwicklungstendenzen, in denen noch schärfer zum Ausdruck kommt, was die kapitalistische Entwicklung überhaupt kennzeichnet: die Konzentration des Kapitals in wenigen Händen. Längst ist der kleine Geldverleiher und Wechsel, ja auch der größere Bankier bedeutungslos geworden, mancherorts völlig verschwunden. Was geblieben ist, das ist das unpersonliche Unternehmen, die große Bank mit irgend einem klingenden Namen, bei dessen Nennung niemand an einzelne Personen denkt; die große Bank, deren Beherrscher der weiten Öffentlichkeit gar nicht bekannt werden, die auch gern auf die „Popularität“ verzichten, welche ein Rothschild oder ein Bleichröder in früheren Jahrzehnten erlangt hat. Auf das Wirtschaftsleben ganzer Völker haben dabei die Bankgewaltigen von heute noch einen vielfach größeren Einfluß als die Bankiers der Vergangenheit, für die allerdings auch Kriegszeit häufig Leidenszeit, sondern Tage des größten Profits bedeutet hat. Sie profitierten bloß an den Geldgeschäften, die sie mit den Regierungen und Herrschern hielten, auf indirektem Wege kam ein Teil von des Volkes Arbeitsertrag in ihre Taschen. Das Finanzkapital unserer Tage steht nicht abseits von Industrie und Handel, hat sich vielmehr ihrer bemächtigt und kommandiert Produktion und Konsum, macht sich den Staat und die ganze Volkswirtschaft zinspflichtig. Mit unheimlicher Geschwindigkeit wächst seine Macht.

Der Ausjagungsprozess, in welchem ganze Industrien ihre Selbständigkeit einbüßen und die Banken als faktisch-fördernde Faktoren eine beherrschende Stellung gewinnen, steht auch während des Krieges nicht still. Freilich ist jetzt von der Tätigkeit, durch welche die Banken sonst die Macht über ein großes Unternehmen eroberten, der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, nicht viel zu merken. Aber dadurch, daß die Unternehmer große Kapitalien, die sonst zur Zahlung von Lohn, zur Beschaffung von Rohmaterial, zum Ankauf von Maschinen verwendet wurden und gegenwärtig brachliegen, den Banken zur Verwertung überlassen und umgekehrt nach dem Kriege gezwungen sein werden, Bankkredit in großem Umfang in Anspruch zu nehmen, dadurch wird der Einfluß des Finanzkapitals beträchtlich gesteigert.

Daneben gewinnen die Herren der Rüstungsindustrie eine hervorragende Stellung. Hier handelt es sich, mitunter um Unternehmungen, die so kapitalsträftig und profitabel sind, daß sie zwar mit einer Bank in enger Beziehung stehen, aber nicht gerade unter deren Diktand geraten müssen. Haben die Industrien, die für die Bedienung des Heeresbedarfs arbeiten, im allgemeinen große Profite erzielt, so zeigen diese in den Betrieben, die seit je der Rüstungsarbeit oblagen und also nicht erst umgeschaltet werden mußten, ein außerordentliches. Sie konnten ihre Anlagen, die in Friedenszeiten oft nicht vollständig ausgenutzt

worden sind — was mit ein Anlaß zu fortgesetzter Rüstungstreiberie gewesen ist —, während des Krieges bis auf äußerste verwenden. Trotz sehr großen Abschreibungen weisen sie einen riesigen Reingewinn auf und zahlen sehr hohe Dividenden. So stellt der Geschäftsbericht der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken nach Abschreibung aller im Berichtsjahr ausgeführten Neuanlagen sowie nach Rückstellung der Kriegsgewinnsteuer einen Reingewinn von 12,4 Millionen Mark für 1915 fest, aus dem eine Dividende von 30 Prozent verteilt wird! Wie groß muß der wirkliche Gewinn dieser Gesellschaft gewesen sein, die sich die Kriegsgewinnsteuerrücklage nicht gesondert aufzuweisen getraut, weil dann Rückschlüsse auf den wirklichen Profit gezogen werden könnten!

Ein österreichisches Beispiel! Die Skoda-Werke weisen für das Jahr 1915 einen Bruttogewinn von fast 25 Millionen Kronen aus, um 9½ Millionen Kronen mehr als im Jahre 1914. Von diesem großen Gewinn werden drei Millionen für Kriegsvororgeweise und 7,7 Millionen Kronen für Abschreibungen verwendet. Die Abschreibungen machen um 4,3 Millionen Kronen mehr aus als im Jahre 1914. Dennoch bleibt noch immer ein Reingewinn von fast 10 Millionen Kronen übrig, aus welchem eine Dividende von 17 Prozent zur Verteilung gelangt. Das Aktienkapital dieses Riesenunternehmens soll um 3 Millionen auf 45 Millionen erhöht werden. Die Werkerweiterungen, die im Jahre 1915 vollzogen wurden, umfassen, wie aus der Bilanz hervorgeht, einen Betrag von mehr als 20 Millionen Kronen. Die Skoda-Werke liefern auch ein Beispiel dafür, wie ein solches Riesenunternehmen weit über den Rahmen seiner eigenen Betriebe hinaus Einfluß gewinnt. Um sich den erhöhten Bedarf an Maschinenteilen zu sichern, haben die Skoda-Werke durch den Ankauf einer entsprechenden Zahl von Aktien das Grader Eisenwerk in ihren Besitz gebracht. Die Skoda-Werke erzeugen die schweren Wörter. Zu ihrer Beförderung sind eigens konstruierte Automobile notwendig, die wieder von den Daimler Werken erzeugt werden. Um sich darauf Einfluß zu sichern, haben nun die Skoda-Werke eine Anzahl Aktien

der Daimler-Motorenwerke erworben. So werden große Unternehmungen miteinander verflochten und es entstehen Interessengemeinschaften, die im Verein mit den Banken auf Wirtschaft und Politik gewaltigen Einfluß zu üben vermögen.

Die Rüstungsindustrie ist seit je ein gewichtiger politischer Faktor gewesen. Hervorgehoben durch den starken Bedarf für Militarismus und Marinismus, deren Aufträge infolge der Rüstungspolitik der Regierungen und des großen technischen Fortschrittes auf dem Gebiete des Kriegswesens in den letzten fünfzehn Jahren großen Umfang erreicht haben, hat die Rüstungsindustrie umgekehrt die Politik in der Richtung mächtig zu beeinflussen verstanden, die zu der steten Beschäftigung ihrer Werke führen konnte. Im Kriege sind infolge des ungeheuren Materialverbrauchs und der langen Dauer des Kriegszustandes die Bestellungen ins Ungeheure gewachsen, so daß die Rüstungsindustrie ihre Anlagen beträchtlich erweitern mußte. Zwar macht sie, wie alle Geschäftsberichte zeigen, auch sehr hohe Abschreibungen. Die Werksanlagen werden im kontinuierlichen Betrieb auch sehr stark und rasch abgenutzt. Aber es wird nach dem Kriege sehr viel übrig bleiben und das Rüstungskapital, das im Kriege durch Kriegsgewinne vermehrt worden ist, wird dann auf die stärkste Bewertung seiner Investitionen drängen. Während die Völker das Bedürfnis nach Abrüstung haben werden und das Verständnis hierfür infolge der Kriegserfahrungen stärker denn je sein wird, zieht der Krieg in allen Ländern wirtschaftliche Mächte groß, deren gegenwärtiges Interesse offen zutage tritt.

Im Gefolge des Rüstungskapitals traben alle herrschenden Klassen und alle bürgerlichen Parteien. In dem Netz der Großbanken sind alle gefangen, der alte Adel und die moderne Bourgeoisie, die Klerikalen und die Nationalen. Unjenseit wird die Arbeiterklasse vor diesem Unternehmertum auf der Hut sein müssen. Gewerkschaftlich und politisch wird sie alle Anstrengungen zu machen haben, um ihr Interesse durchzusetzen, das je länger desto mehr das Interesse der Volksgemeinschaft mit Ausnahme eines verschwindend kleinen, aber ungeheuer mächtigen Bruchteils wird.

Von den Kriegsschauplätzen.

Während anscheinend in den Kämpfen um Verdun verhältnismäßige Ruhe herrscht, toben dieselben doch in juckbarer Weise weiter. Insbesondere sind es die Artillerie und die Flieger, die jetzt in vermehrtem Maße ihre Tätigkeit aufgenommen haben, wie aus folgenden Zeilen des Kriegserichters Scheuermann vom 2. Mai hervorgeht: „Die Artillerie führt augenblicklich das große Wort und an vielen Stellen ist ihre Arbeit zu tagelangem Trommelfeuer gesteigert. Während wir außer dem Besitz der planmäßig erlangten Beobachtungspunkte den Vorteil haben, für die Abstellung unserer Kräfte und die Heranbringung unserer Bestände über ein Hinterland von unbeschränkter Ausdehnung zu verfügen, sind die Franzosen gezwungen, ihre Mannschaften dicht massiert in den Winkeln des Fächers zusammenzudrängen, dessen Stäbe die deutschen Angriffsrichtungen bilden. Jede dieser Straßen, jede Unterfunktion, jeder Schrittbreit Gelände liegt im deutschen Feuer. Die Franzosen sind genötigt, mit unzulänglicher Beobachtung ein grenzenloses Umland, wo sie uns vermuten können, fortwährend abzustreuen, während wir die Sicherheit haben, daß jeder Schuß den Feind packt. Unsere schwere Artillerie wirkt fürchterlich in den zusammengedrängten Truppenmassen der Franzosen. In den Lücken über den Schützlinien finden während des ganzen Tages ununterbrochen Fliegerkämpfe statt, und oft gehen ganze Fluggeschwader von beiden Seiten gegeneinander an.“

Die Antimorine der deutschen Regierung an Amerika ist in ihren wesentlichen Punkten fertiggestellt und soll, falls eine Aenderung in den bisherigen Dispositionen nicht eintritt, bereits heute nachmittag dem amerikanischen Botschafter übergeben werden.

Der Zustand in Irland hat bereits einige Opfer gefordert. Drei Führer des Aufstandes sind erschossen und drei andere zu langen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Die englischen Machthaber wollen anscheinend ein fürchterliches Blutgericht gegen die Rebellen injizieren.

Neben diesen direkten Opfern ist noch ein weiteres indirektes zu verzeichnen. Der Staatssekretär für Irland, Birrell, ist zurückgetreten.

Im englischen Unterhaus kündigte Asquith die allgemeine Wehrpflicht an; er wies darauf hin, daß die gesamte Wehrmacht des Reiches zu Wasser und zu Lande seit Kriegsbeginn fünf Millionen Mann überschritt. Die Engländer erhalten also jetzt den Militarismus, dessen Verwirklichung

Die Art und Weise, wie England „verpreußt“ wird, erkennt der „Labour Leader“ vom 20. April in der, wie er sagt, rohen Beurteilung des Glasgower Sozialdemokraten John Mac Lean zu drei Jahren Gefängnis wegen einer Rede. Sätten die deutschen Gerichte ein ähnliches Urteil gefällt, so würde die ganze englische Presse darauf hingewiesen haben als neuen Beweis für die gewalttätige Politik der deutschen Regierung.

In seiner „Victoire“ kommt Herve auf den Zustand in Irland zu sprechen und stellt die Frage, ob die Verbündeten denn gar nichts tun können, um derartige Überraschungen zu verhindern. Als Lösung fordert er die Entente auf, durch eine gemeinsame feierliche Erklärung allen von ihnen unterworfenen Völkern die Unabhängigkeit zu versprechen. Die Franzosen sollen seiner Meinung nach allen ihren Kolonien in Asien, Afrika und in Westindien die Unabhängigkeit und die Selbstverwaltung gewähren. Die Russen sollen den Juden und den Mohammedanern das Gleiche gewähren, die Engländer sollen Indien und Ägypten das Rechte geben, sich selbstständig zu regieren, wie Australien und Kanada.

Wie man in Paris, Petersburg und London über den Schwärmer Herve lachen wird!

In der ersten schwedischen Kammer brachte der Reichstagsabgeordnete Professor Gustaf Steffen eine Interpellation wegen der Alandsfrage ein. Er verwies auf die Gefahren, die Schweden durch die russischen Befestigungen drohen. Steffen stellte an den Minister des Äußeren drei Fragen: 1. ob er die Bedeutung der Alandsinseln, wie sie Schweden Volk und Regierung seit 1908 so hoch einschätzte, daß die Möglichkeit einer Selbständigkeit Schwedens wesentlich erschwert werde, wenn Rußland Aland in einen Stützpunkt für militärische Operationen verwandelt; 2. was die Regierung, wenn sie darauf nicht unbedingt mit „Ja“ antworten könne, zur Abwechslung von dieser Ansicht habe bewegen können; 3. wie der Minister die Lage für Schweden in bezug auf Aland beurteile, was nach seiner Ansicht geschehen müßte, um schon jetzt während des Krieges Schweden die Möglichkeit zu sichern, die vollständige Neutralität und seine volle handelspolitische Handelsfreiheit zu bewahren.

Die Antwort auf diese Fragen ist noch aus. Man kann geahnt darauf sein, wie sie ausfallen.

Die Kriegslage.

Wien, 3. Mai. (Amtlich.)

Russischer Kriegshauptplan.

Deutlich von Karanage (Joh) ein österreichisch-ungarischer Kampflieger ein feindliches Flugzeug ab.

Italienischer Kriegshauptplan.

Die Kämpfe im Adamello-Gebiet dauern fort. Bei Riva und im Raum des Col di Lana kam es zu heftigen Artilleriekämpfen. Ein italienischer Angriff auf die Notwand-Spitze wurde abgewiesen.

Südböhmischer Kriegshauptplan.

Ruhe.

Gegen Frankreich und Belgien.

Der französische Generalstab

Berichtet vom Dienstag nachmittag: Südlich der Somme wurde ein Handreich gegen einen unserer kleinen Posten in Gegend von Compiègne durch Geschützfeuer abgewiesen. In der Champagne beschießen wir Versperrungspunkte des Feindes nördlich von Nancray. In den Argonnen nördlich von La Sarazee wurde eine starke deutsche Erkundungsabteilung zerstreut. Westlich der Maas hielt während der Nacht die Artillerietätigkeit von der Gegend von Loucourt bis „Loter Mann“ an. Neue Meldungen lassen erkennen, daß unsere Unternehmungen am 29. und 30. April an den Nordhängen von „Loter Mann“ uns in den Besitz von etwa 1000 Metern deutscher Schützengräben in einer Tiefe von 300 bis 600 Metern brachten. Südlich der Maas unternahm gestern unsere Truppen einen lebhaften Angriff gegen die feindlichen Stellungen südlich vom Fort Donauumont. Bei dieser Unternehmung, die vollkommen gelang, eroberten wir die deutschen Schützengräben in der ersten Linie in einer Länge von etwa 500 Metern und machten ungefähr 100 Gefangene. Im Roerde-Gebiet einige Male Geschützgeleit.

Dienstag abend: In der Champagne rief das Feuer unserer Artillerie auf eine deutsche Batterie in Gegend von Marandillers (nördlich von Brosnes) mehrere Explosionen und einen Brand herauf. Eine andere von uns belagerte Batterie nördlich von Maiffes erlitt schwere Beschädigungen. In den Argonnen dauerte der Minenkampf in dem Wäldchen der Höhe 255 (La Haute Chevauchée) zu unseren Gunsten fort. Westlich der Maas Geschützgeleit. In dem Geschützgeleit von der Gegend von Loucourt bis zum „Loter Mann“ und östlich der Maas nahm das Feuer eine gewisse Heftigkeit zwischen der Fine, Chiamont und Dauloup an. Unsere Batterien zerstreuten feindliche Abteilungen nördlich des Chaiour-Baldes, ebenso Ansammlungen nordwestlich des Teiches bei Daur. An der übrigen Front verlief der Tag verhältnismäßig ruhig. — Flugzeuge: Im Laufe des gestrigen Tages wurde ein deutsches Flugzeug von einem unserer Jäger nach lebhaftem Kampf zum Absturz gebracht. Das Flugzeug fiel in die feindlichen Linien nördlich von Donauumont.

Belgischer Bericht: Nach einer heftigen Beschießung, die bei Morgenanbruch auf die belgischen Stellungen unmittelbar nördlich von Dismuiden eröffnet wurde, versuchten die deutschen einen Handreich auf unsere Posten östlich der Hiet. Der Feind, der in drei unserer Posten harte Fuß faßen konnte, wurde schließlich vertrieben. Der Artilleriekampf dauerte in Gegend von Dismuiden während des ganzen Tages mit Lebhaftigkeit an.

Gegen Rußland.

Russischer Kriegsbericht.

Wien, 2. Mai. (Belizant): Auf dem rechten Flügel des Schützengräben von Riva wurden deutsche Angriffswälle bei Raggatem (nördlich des Ronger-Sees) abgebrochen. Die feindliche Artillerie beschießt sehr heftig den Brückenkopf von Verfall, einige Unterabteilungen der Stellungen Danaburgs und die Stellung zwischen Karag- und Wisnien-See. — Schwarzes Meer: Auf hoher See fanden wir feindliche Minensperren auf. Alle Winter trafen die Jagdflotte „Christus im aufstehen“ in weitzer Kerbe und in halber Fahrt durch den Meer. — Kanakus: Auf der Verfolgung des Feindes in Richtung Dnieper machten unsere Soldaten eine Menge türkischer Infanteristen nieder und trachten Gefangene ein.

In die Zeit geprengte Petrolenianis.

Das Moskauer Petrolenianis: Die an der Reichlichen Chemischen Fabrik Petrolenianis- und Benzol-Lager des russischen Heeres wurden durch revolutionäre Arbeiter in die Luft gesprengt. Hunderte Tausend und Tausende erschütterten. Fanden weniger Schaden als 300 000 Rubel, gleich über 30 000 Tonnen Naphtin, verunreinigt. Die russische Regierung wurde bis in die weiteste Umgebung Moskows geschickt. Dagegen ist die gesamte Petroleum-Produktion alarmiert wurde, ganz das Feuer doch auf die Verunreinigungsgebäude und der benachbarten Stadtteil über. Zahlreiche Häuser liegen in Brand. Im Abend war es der Gemächtheit noch nicht gelungen, das Feuer zu löschen.

Das Schicksal der russischen Reichsindustrie.

Der russische Reichsindustrie: Die russische Reichsindustrie wird durch die russische Reichsindustrie und der russische Reichsindustrie in Gefahr. Thomas hat in Petersburg keine geeignete Aufgabe, als die gesamte russische Reichsindustrie in russischer Reichsindustrie zu bringen. Es ist kein Geheimnis, das seit zwei Monaten die russische Reichsindustrie in der Erzeugung in ganz wie mit einem Banden ist. Die Ursache, daß die russische Reichsindustrie auf ein Minimum zurückgegangen ist, ist die Besetzung der russischen Armer erschaffen bedroht ist, wird teils auf den Mangel an arbeitsfähigen, gelandeten Arbeiter, teils auf den Mangel an Rohstoffen zurückzuführen. Thomas bringt einen neuen Plan zur Hebung der russischen Reichsindustrie mit, der russische Reichsindustrie und die Einziehung von russischen Arbeiter besteht. Das Hauptziel, die russische Reichsindustrie, soll der russische Reichsindustrie bleiben, aber drei russische Reichsindustrie als Vorarbeiten einhalten. Die bisherigen russischen Arbeiter sollen durch russische und polnische belagerte Arbeiter, die zum Teil bereits in Petersburg sind, ersetzt werden.

Gegen England.

Agitation und wackelige Schicksalswege.

Wien, 3. Mai. In Unterhause gab Asquith eine Erklärung über die Reformen der Regierung und über andere Fragen ab und kam zu dem Ergebnis, daß die Regierung in der letzten Woche zeigte, daß der Sinn der Regierung, die Reformen nach und nach durchzuführen, die Sache des Landes nicht ist. Er sagte weiter, daß das Land nicht so unerschütterlich sei, wie es früher der Fall war, und daß die Regierung nicht so sicher sei, wie sie früher war. Er schloß mit dem Hinweis, daß die Regierung nicht so sicher sei, wie sie früher war, und daß die Regierung nicht so sicher sei, wie sie früher war.

Regierung zu glauben, daß der allgemeine Wunsch bestehe, die ganze Angelegenheit ein für alle Mal zu erledigen. Er hoffe, daß der Entwurf zu diesem Ziele führen werde. Asquith wandte sich dann gegen die Kritiker der Regierung und erinnerte das Haus, daß Pitt und Herzog von Wellington am Vorabend der Schlacht bei Salamanca genau denselben Kritiken ausgesetzt gewesen wären. Seine Antwort an die Kritiker gehe dahin, daß, welche Irrtümer und Fehler auch begangen seien, der Anteil des britischen Reichs an der gemeinsamen Sache der Alliierten gewachsen sei und beständig von Monat zu Monat wachse. Auch glaube er, daß die Lage der Alliierten zu Wasser und zu Lande niemals besser gewesen sei als im gegenwärtigen Augenblicke. Wie das Aussenbüreau ergänzend meldet, gebrauchte Asquith im Unterhause die Worte: „Allgemeiner und sofortiger Dienstzwang.“ Der parlamentarische Berichterstatter der „Daily News“ schreibt, daß die Arbeiterpartei nach Asquiths Erklärung eine Versammlung abhielt und in dieser beschloß, ihren Mitgliedern anheimzustellen, ob sie für oder gegen das Gesetz stimmen wollen. Das bedeute, daß die Mehrheit dafür und ungefähr ein halbes Duzend Abgeordneter dagegen stimmen würde. — Zur Wehrpflichtfrage schreibt die „Daily News“ weiter: Es ist unwahrscheinlich, daß wegen dieser Frage die nationale Arbeiterkonferenz einberufen wird. Die Arbeiterpartei wird neuerdings über die Einzelheiten des Gesetzes beraten. Schon aus der früheren Debatte ging hervor, daß die liberale Gruppe um Simon gegen das Gesetz ist und daß auch ohne Zweifel einige Mitglieder dagegen stimmen werden. Die wenigen Mitglieder der nationalistischen Partei, die sich augenblicklich in Westminster befinden, werden sich wahrscheinlich der Zustimmung enthalten. Der Unionist Lowther wird vorschlagen, daß die Regierung Maßregeln ergreifen soll, daß alle Männer und Frauen zwischen 16 und 69 Jahren in der für den Staat vorteilhaftesten Weise ausgenutzt werden, die darauf hinweist, daß eine Bewegung für den industriellen Zwang bevorsteht.

Das englische Sturgericht gegen die irischen Rebellen.

Der Premierminister teilte im Unterhause mit, daß drei der irischen Aufständischen, nämlich Pearce, Clarke und Macdonagh, die die republikanische Proklamation unterzeichnet haben, vor ein Kriegsgericht gebracht, schuldig befunden und hingerichtet wurden. Drei andere Aufständische wurden zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Lage in Irland.

Im Unterhause wurde mitgeteilt, daß der Chefsekretär für Irland, Sirrell, sein Rücktrittsgesuch eingereicht hat. Folgende amtliche Erklärung wurde am Dienstag abend in Dublin veröffentlicht: Von den folgenden Grafschaften wird gemeldet, daß sie ruhig sind: Waterford, Kingscounty, Queenscounty, Wicklow, Carlow, Wexford; von der Grafschaft Cork: Enniscorthy; von der Grafschaft Galway: Mayo, Belfast, und die Grafschaften von Ulster. Von den folgenden Bezirken wird gemeldet, daß die Verhältnisse normal sind in: Dublin, Cork, Tralee, Limerick. Die Aufständischen, die für den Prozeß in Betracht kommen, sind vor ein Kriegsgericht gebracht. Sobald die Urteile feststehen, wird das Publikum davon in Kenntnis gesetzt. Die Gefangenen, deren Fälle nicht sofort verhandelt werden können, werden in Gefangenschaft nach England geschickt. Fälle, in denen es sich um weiblische Gefangene handelt, werden erwoget. Die Arbeit, die diese Prozesse verursachen, ist sehr groß, man trachtet danach, damit so rasch wie möglich fertig zu werden.

Der Korrespondent der „Times“ in Dublin schätzt die Anzahl der Rebellen, die an dem Aufstand von Beginn an teilnahmen, auf 3000. Ihre Verluste seien schwer. Der gesamte Sachschaden, der durch die Brände an den Häusern angerichtet worden ist, betrage mindestens 300 000 Pfund Sterling. Es ist ferner, daß unter den bewaffneten Rebellen junge Frauen waren und sich als Scharführer auszeichneten. Andererseits verurteilten sich auch Männer in Irlandsgeirten. Auf dem Lande und vor allem im Westen gibt es noch Rebellenbanden, die nicht glauben wollen, daß die eigentliche Revolution beendet ist, und daß sich die Kameraden ergeben haben.

Die bisher veröffentlichten Listen über die Verluste der Engländer bei den Kämpfen in Dublin ergeben fünf getötete, 21 verwundete Offiziere und einen vermissten. Dublin ist von der übrigen Welt abgeschnitten; selbst die Bewohner des inneren Stadtteils wissen kaum etwas von denen eines anderen Teils der Stadt. Noch immer herrscht große Not in der Stadt. Alle Geschäfte und Betriebe liegen still.

Das Manifeft, in dem der Führer der Iren, Pearce, seine Truppen zur Uebergabe auffordert, verflucht, daß die Uebergabe gelänge zur Vermeidung weiteren Hinmordens unbewaffneter und in der Hoffnung, die jetzt ungeliebten Anhänger der irischen Sache als reuigste Kinderheit zu erhalten. Die Befehlshaber sämtlicher republikanischer Streitkräfte sollen ihren Mannschaften befehlen, die Waffen zu kreuzen.

Die Wochenzeitung „New Statesman“ schreibt über die Sinn-Feld-Bewegung: Die Aufständischen haben mit den Unionisten von Dublin, Keshmire und Belfast das eine gemein, daß sie keine Kule nicht möchten. Sie sind für eine vollkommene Trennung und setzen nicht in Edward Carson oder Balfour ihre größten Feinde, sondern in Redmond. Sie wissen, daß Home Kule nach dem Plan von Redmond eine dauernde Einverleibung Irlands in England bedeute und daß die extreme nationalistische Bewegung verschwinden würde, wenn ein irisches Parlament in Dublin tagen würde.

Der Balkankrieg.

Die griechische Schiffsahrt unter Kontrolle.

Die Dominanz der französischen Flotte im Mittelmeer richtet eine Krise an die griechische Regierung, der zufolge in Zukunft gegen die griechischen Schiffe derart verfahren wird, daß sie jetzt völlig unter der Kontrolle der Entente stehen. Eine ähnliche Krise richtete General Carrail an die Saloniker Hafenbehörde. Diese Maßnahmen hängen mit dem türkischen Transport zusammen.

Propaganda gegen Griechenland.

Die „Sopater“ schreibt: Das englische Volkswort in Drama und Seres empfängt unter der Bevölkerung eine lebhafteste Tätigkeit gegen die griechische Regierung. Es verbreitet einen Ruf, in dem die Bevölkerung angesprochen wird, nicht mehr der griechischen Regierung zu vertrauen, sondern sich England anzuschließen. Der Ruf ist nicht ohne Erfolg geblieben wie Gemächnisse von Entwürfen an die Bevölkerung und bezeugt die Regierung eines Abkommens mit Bulgarien, was sich Seres absetzen beabsichtigt. Schließlich wird empfohlen, die gegenwärtigen Abgeordneten nicht anzuwählen, sondern eine neue Regierung heranzuführen und die Rückkehr von Seres herbeizuführen. Im Jahre 1914 wurde einer der Abgeordneten, ein Engländer aus Kette, von der griechischen Polizei gefangen.

Der Seefrieg.

Seitliche Entsch.

Wien, 3. Mai. Der Dampfer „Kochester“ wurde versenkt, ein Mann der Besatzung wurde gerettet. — Der Dampfer „Rio Branco“ wurde versenkt. Die Besatzung ist in Sicherheit. — Der Dampfer „Kochester“ wurde versenkt, ein Mann der Besatzung wurde gerettet. — Der Dampfer „Rio Branco“ wurde versenkt. Die Besatzung ist in Sicherheit. — Der Dampfer „Kochester“ wurde versenkt, ein Mann der Besatzung wurde gerettet. — Der Dampfer „Rio Branco“ wurde versenkt. Die Besatzung ist in Sicherheit.

„ruida“ wurde am 30. April in 47 Grad 48 Min. nördlicher Breite und 7 Grad 48 Min. westlicher Länge versenkt. Das Schiff sank in 6 Minuten. Die ganze Besatzung mit einer Ausnahme wurde gerettet. Der Kapitän glaubt, daß das Schiff torpediert wurde.

Die Kämpfe im Orient.

Das türkische Hauptquartier

meldet unterm 3. Mai: Einige feindliche Schiffe erschienen in den Gewässern von Smyrna und Mexri und beschossen einige Punkte an der Küste erfolglos. Von den anderen Fronten gingen Nachrichten von Bedeutung nicht ein.

Austausch in Ant-el-Amara.

Amtlich wird aus London gemeldet: Der türkische Oberbefehlshaber in Mesopotamien willigte ein, Townshends Kranke und Verwundete gegen die gleiche Zahl muhammedanisch-türkischer Gefangener auszutauschen. Ein Hospitalsschiff und andere Schiffe gingen zur Abholung der Briten ab. Eine kleine englische Abteilung verließ Muscher am 29. April und traf in der Nachbarschaft auf eine stark befestigte feindliche Abteilung. Sie kehrte unbelästigt zurück. Ein britischer Offizier wurde getötet und ein eingeborener Soldat verwundet.

Stillstand auf dem kaukasischen Kriegshauptplatz.

„Nieuwe van den Dag“ schreibt: Sowohl aus der Unbestimmtheit der Ortsangaben in den russischen als aus den türkischen Berichten erhält man den Eindruck, daß die Türken durch Verstärkungen, die sie empfangen, in den Stand gesetzt worden sind, den Vormarsch der Russen zum Stehen zu bringen. Sie gehen nicht mehr wie vor drei Monaten langsam, aber beständig zurück, sondern halten Stand, greifen selbst an und verhindern das Vorrücken der Russen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Rom Kolonialkrieg.

Keuter meldet amtlich: General Smuts meldet, daß die Regenzeit mit großer Heftigkeit eingesetzt hat. Der Feind hält noch eine starke Stellung südöstlich Kondo-Urangi besetzt. Die Bewegung der belgischen Streitkräfte wurde in Kuanda durch heftige Regengüsse behindert.

Urteil gegen indische Verschwörer.

Nach Meldungen ägyptischer Zeitungen hat die Gerichtsverhandlung gegen die indischen Verschwörer in Lahore am 16. März stattgefunden. 366 Zeugen und 1042 Angeklagte wurden vernommen. 6 Personen wurden zum Tode, 45 zur Verbannung und 8 Personen zu Gefängnisstrafen verurteilt. Aus der Zeugenvernehmung ging hervor, daß 75 000 Gewehre mit Munition nach Bengalen geschickt worden waren.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wiederzusammentritt des Reichstages.

Nach einer amtlichen Berliner Meldung findet die nächste Sitzung des Reichstags am Dienstag, 9. Mai, nachmittags 3 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Antrag Albrecht und Genossen auf Aussetzung eines Verfahrens gegen den Abgeordneten Liebknecht. 2. Erste Beratung des Gesetzesentwurfes über Kriegsschäden. 3. Erste Beratung des Gesetzesentwurfes über Abänderung des Vereinsgesetzes.

Über die Gründe der Verhaftung Liebknechts teilt Wolffs Bureau am 3. Mai mit: Wie wir hören, bestand sich unter den neun Demonstranten, welche am 1. Mai auf dem Potsdamer Platz festgenommen wurden, auch der Abgeordnete Karl Liebknecht. Da Liebknecht, welcher bei der Festnahme Zivilkleidung trug, Armierungssoldat ist, leitete der zünftige militärische Gerichtsherr die Untersuchung ein und erließ auf Grund der bisherigen Feststellungen den Haftbefehl gegen Liebknecht.

Gesetz über Feststellung von Kriegsschäden.

Der Bundesrat hat seinen Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet seine Zustimmung erteilt, der alsbald dem Reichstag vorgelegt werden soll. Als durch den Krieg verursacht sollen nach dem Entwurf Beschädigungen gelten, die unmittelbar hervorgerufen sind:

- 1. durch die kriegerischen Unternehmungen deutscher, verbündeter oder feindlicher Streitkräfte;
2. durch Brand oder sonstige Zerstörung, Diebstahl oder Minderung in dem vom Feinde besetzten oder unmittelbar bedrohten Gebiet;
3. durch die Flucht, Abjähigung oder Verschleppung der Bevölkerung aus dem vom Feinde besetzten oder unmittelbar bedrohten Gebiet.

Wenn die Sache zerstört oder abhanden gekommen ist, wird der volle Wert, wenn sie nur beschädigt ist, die Wertminderung festgesetzt. Maßgebend ist der Wert vor dem Kriege. Bei Erwerbungen nach Ausbruch des Krieges mit nachweislich höheren Kosten können diese in angemessener Höhe in Rechnung gestellt werden.

Keine Eier-Karten oder Höchstpreise.

In der Berliner Bevölkerung gehen Gerüchte um, daß demnächst für Eier Höchstpreise festgesetzt werden sollen. Nach den bisherigen Erfahrungen mit manchen Höchstpreisen, die die Interessenten sofort mit einem Verstecken der Ware beantworteten, um der Behörde zu zeigen, daß es so „nicht geht“, wird auch für diesen Fall mit einer Eierkartensystem gerechnet. Ferner wird viel von einer geplanten Rationierung durch Eierkarten geredet, auf die nur zwei Stück für den Kopf und die Woche abgegeben werden sollen. Der Handel tut natürlich nichts, um diesen Redereien, besonders ihren Folgen: Hamsterrwirtschaft und Preistreiberie, entgegenzutreten. Deshalb zog der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen Erkundigungen ein und stellte fest, daß von allen den angeführten geplanten Maßnahmen an zutreffender Stelle nichts bekannt ist. Das sollte sich das Publikum merken und gegenüber Gerüchten von interessierter Seite nachdrücklich hervorheben. Gerade bei den leichtverderblichen Eiern ist das Hamstern eine Sünde, denn viele der raffenden Hamster verstehen sich nicht auf das „Einlegen“. Biweil im übrigen erspart jede Hausfrau seit kurzem täglich von neuem. Einen Bericht im Kreisbogen stellte z. B. ein Berliner Händler

auf, der auf großem Platze „Bier Eier für 95 Pfg.“ anbot und infolge der großen Nachfrage schon eine Stunde später auf 1,20 Mk. hinaufging. Er ist natürlich von dem Verbraucher aus sofort der Preisprüfungsstelle angezeigt worden.

In Eiern ist seit längerer Zeit kein Mangel. In den Läden sind sie haufenweise aufgeschichtet und harren des Käufers, der die unverhältnismäßig hohen Preise bezahlen kann. Es ist ein Skandal, wie man dem Käufer eines so notwendigen Nahrungsmittels mit der Faust in der Tasche machtlos zusehen muß.

Die Zerfahrten des Weißkohl.

Die Aufforderung des königlichen Polizeipräsidenten zu Berlin an das Publikum, bei der Bekämpfung des Wuchers durch rückhaltlose Anzeige der Schuldigen mitzuhelfen, hat den uneingeschränkten Beifall aller rechtlich denkenden und unabhängigen Kreise gefunden. Der Erlaß ist umso mehr zu begrüßen, als allem Anschein nach im Polizeipräsidentium bisher gegen diese Mitwirkung der Bürgerschaft Bedenken bestanden. Anders ist seine Passivität in folgender Weißkohlangelage, die das Motiv zu einem dramatischen Krimiroman abgeben könnte, nicht zu verstehen: Der Verband Deutscher Gemüsezüchter hatte am 14. Januar der Reichsprüfungsstelle und am 15. Januar der Berliner Preisprüfungsstelle das Berliner Versicherungsbureau (!) Albert u. Gerstel, Großbeerenstraße 86 angezeigt, daß es 3000 Zentner holsteinschen Weißkohl zu Spekulationszwecken an drei Stellen im Berliner Osten zurückhalte und als ausländischen Kohl zu 2 Mk. über dem damaligen Höchstpreis, d. h. zu 7 Mk. verkaufen wollte. Am 25. Januar ging, da inzwischen keine Antwort eingelaufen war, die gleiche Anzeige an das Polizeipräsidentium in Berlin. Dabei konnte bereits mitgeteilt werden, daß der Firma, die vorher nie mit Gemüse gehandelt hatte, durch die Erhöhung der Höchstpreise nicht weniger als 4-5000 Mark unverdient in den Taschen geworfen worden seien. Einen Monat später, am 1. März konnte der Verband auf die einzige Tage vorher eingegangene Anfrage der Reichsprüfungsstelle bezüglich seiner Maßnahmen bei der Berliner Behörde mitteilen, daß er vom Polizeipräsidentium noch immer keine Antwort erhalten habe. Die Stadt Berlin hatte mittlerweile den Kauf des Kohls, weil von schlechter Beschaffenheit, abgelehnt. Dagegen übernahm die Stadt Neukölln ihn und bot ihn, den holsteinschen Kohl als „Dänisch-Kohl“, dem Verband Deutscher Gemüsezüchter zu 7,25 Mk. an! Dieser lehnte natürlich ab. Jetzt verlautet, daß Neukölln den Kohl schließlich in Magdeburg losgeworden ist. — Was man nun über diese Weißkohldiebe lachen oder weinen, auf alle Fälle bleibt die in einigen Großberliner Gemeinden und auch anderwärts scheinbar unausrottbar übermäßige Rücksichtnahme auf den Handel und was sich so nennt unbegreiflich. Wann endlich sorgt man für den nötigen Schutz der Konsumenten!

Agarische Gehehinterküren.

Zur Sicherung der Brotversorgung des deutschen Volkes besteht bekanntlich das Verbot des Verfüttens von Roggen. Viele Landwirte behielten von ihrer 1915er Kornrente große Mengen als Saatfrucht zurück und säten im Herbst die Acker damit ein. Jetzt, nachdem das Korn üppig aufwächst, wird in Rheinhessen, namentlich in der Gegend von Mainz und auch in der Pfalz, die Beobachtung gemacht, daß die Bauern den Grün-Getreidewuchs säen und als Grünfutter benutzen. Auf das freigeordnete Land pflanzen die Bauern Spätkartoffeln, weil sie damit rechnen, daß im Herbst 1915 eine Menge Bratforn unter Vorpfeilung falscher Tatsachen der Volksernährung entzogen werden. Außerdem birgt der Frühjahrschnitt des grünen Roggens zu Fütterungszwecken die Gefahr in sich, daß zum Nachteil der Volksernährung die 1915er Kornrente eine erhebliche Einbuße erleidet, wenn nicht sofort ein Verbot der Grünfütterung mit Kornsaat erlassen wird. Den maßgebenden Behörden ist Anzeige erstattet worden mit der Aufforderung, dem Unfug ein Ende zu machen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 4. Mai.

Die Versammlung der Bürgerchaft am Montag, dem 8. Mai, abends 6 Uhr, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Mitteilungen des Senates. 2. Anträge des Senates: 1. Quittierung des Stadtfassensverwalters wegen seiner Geschäftsführung in den Rechnungsjahren 1910, 1911 und 1912. 2. Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Anrechnung von Kriegsdienstjahren in der Ruhegeld- und Hinterbliebenenversicherung für Staatsangestellte. 3. Erlaß eines Nachtrages zum Gesetz vom 8. Dezember 1909, betreffend die Verwaltung des Stadttheaters nebst Saalbau. 4. Nachbewilligung auf die budgetmäßigen Ausgaben der Armenbehörde im Rechnungsjahr 1915. 5. Verstärkung der für den Schlachthof und die Auslandsfleischschau für das Rechnungsjahr 1915 budgetmäßig zur Verfügung stehenden Mittel. 6. Herstellung von Industriegelände.

Kaufkarten für Kartoffeln. Die Ausgabe von Kaufkarten für Kartoffeln geschieht künftig in der Zeit von 9-1 Uhr vormittags und — mit Ausnahme des Sonntags — von 3-7 Uhr nachmittags. Sie werden künftig im Bedarfsfalle ohne Rücksicht auf das Einkommen an jedermann ausgegeben. Die gültige Kartoffelkarte ist bei Stellung des Antrages vorzulegen.

Die Höchstpreise für Käse. Für den seit dem 20. April eingeführten Käse dürfen im Einzelverkauf an Verbraucher bis auf weiteres keine höheren Preise gefordert werden als folgende: Für Gubba und Camembert-Käse (halbfett) 2,12 Mk. pro Pfund, für Dreiviertelkaffee 2,32 Mk. für das Pfund, für Vollkaffee 2,44 Mk. für das Pfund und Emmentaler 2,40 Mk. Pfund. — Amtlicherseits wird hingewiesen, daß in Preußen vom 1. Mai ab ausländischer Käse den inländischen Höchstpreisen unterliegt, wenn er nicht als Auslandskäse in vorgegebener Weise kennzeichnend gemacht ist. — Es muß also auch früher eingeführter oder gekaufter Auslandskäse nachträglich mit einer Etikette, Marke und Papierreifen versehen werden; andernfalls unterliegt er den Höchstpreisen für Inlandskäse.

Zur Postbeförderung ungeeignet. Neuerdings werden vielfach Flaschen mit Essigsäure — 80prozentiger Essigsäure — ins Feld verführt. Diese Säure gehört zu den ätzenden Flüssigkeiten, die nach der Postordnung zur Postbeförderung nicht zugelassen sind. Gleichzeitig wird aus Anlaß zahlreicher, in letzter Zeit festgestellter Zuwiderhandlungen daran erinnert, daß auch Salzkornkardid wegen seiner Feuergefährlichkeit mit der Post nicht versandt werden darf. Eine Abtreibung dieses Verwendungsverbot würde strafgerichtliche Verfolgung nach sich ziehen.

Militärleistungen. Vom Stellvertretenden Ingenieur-Komitee ist ein Brief an die Reichsprüfungsstelle für militärische Leistungen

aller Art, z. B. unter vielem anderen für Mäher, Atem-Schutzapparate, Brückengerät, Zement, Drahtgeflecht, elektrische Mittel, Farben, Salz, Holzöl, Kleben, Munition, Pumpen, Sattlerfabrikate, Schlittschuhe, Türbeschläge, Wagenpläne usw. — aufgestellt worden, welche in übersichtlicher Ordnung diejenigen deutschen Firmen enthält, welche für die Lieferung solcher und anderer industrieller Erzeugnisse in Frage kommen. Diesigen Firmen, welche für in Betracht kommende industrielle Erzeugnisse noch keine Aufträge des Ingenieur-Komitees erhalten haben, wird anheim gestellt, Preisangebote an das Ingenieur-Komitee in Berlin W. 82, Kurfürstenstraße 68/69 einzureichen. Nähere Auskunft wird erforderlichenfalls in der Kanzlei der hiesigen Handelskammer erteilt.

Weil er keine Milch auf Karten liefern wollte hatte sich Dienstag der Milchhändler Johannes Sch. vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Im Februar ds. Js. weigerte sich der Angeklagte zwei Frauen gegenüber, welche ihm zur vorzugsweisen Versorgung mit Vollmilch berechtigte Karten vorlegten, diese zu unterschreiben und sie vorzunehmen. Er betonte sogar ausdrücklich, auf Milchkarten liefern er keine Milch, sonst könnten die Frauen solche bekommen, wenn sie sich welche holen wollten. Sch. wurde deshalb wegen Vergehens gegen die Bekanntmachung betr. Milchversorgung zu 30 Mk. Geldstrafe oder 3 Tagen Gefängnis verurteilt. — Das mag anderen, die ebenso handelten, zur Warnung dienen.

Kaufmannsgericht am 3. Mai. Die Bürgerschaft. Am eine Stellung als Fiskalleiter und Verkäufer bemerkt sich der frühere Kellner J. in einem hiesigen Zigarrengeschäft. Für den Posten waren 200 Mark Monatsgehalt und Prozentanteil ausgeworfen. Der festen Anstellung ging aber die Bedingung einer 1000-Mark-Kautionsvoraus. Da diese nicht in bar erlegt werden konnte und der Bürgerschaftsheim des Schwiegervaters, auf Möbel lautend, dem Bremer Hauptgeschäft ebensowenig genügte wie die Verwandtenreferenzen, verzichteten sich die Verhandlungen. Der Kläger ist allerdings der Meinung, daß er fest angestellt gewesen sei und verlangt 200 Mark. Da ihm die Beweise für eine endgültige Abmachung fehlen, glaubt er wenigstens für seine „informatorische“ Tätigkeit eine Vergütung fordern zu können. Es sei ihm gesagt worden, daß es hierfür wohl Gehalt, aber keine Provision gebe. Von der beklagten Seite wird auch diese Auffassung bestritten. Da die Zeugnisaussagen dem Kläger nicht helfen und auch das Gericht sich von einer Festanstellung nicht überzeugen konnte, wurde die Klage mit 6 Mk. Kosten zu Gunsten des Klägers abgewiesen. Auch eine Vergütung für die probeweise, logenante informatorische Tätigkeit wurde abgelehnt, weil sie kaufmännischer Natur widerstrebe. — Vergütung wegen unberechtigter Entlassung fordert der Kläger J. von der Firma L., für die er Papierwaren und Karten verkaufte. Nach Auffassung des Klägers waren ihm 72 Mark Wochenlohn und 100 Mark Wochenlohn versprochen worden, für die gleiche kaufmännische Kündigungszeit hatte er 1073 Mark herausgerechnet und eingeklagt. Von einer festen Anstellung will die Beklagte nichts wissen. Sie konnte nicht erfolgen, weil J. erst einen polizeilichen Legitimationschein beibringen sollte. Zudem habe er sich selbst geweigert, einen Vertrag zu unterschreiben. Der geschlichtete Ausweis wurde J. aus bestimmten Vorurteilen verweigert. Das war ein Hauptgrund, J. nicht weiter zu beschäftigen. Übrigens blieb er von selbst seiner Tätigkeit fern. Gegen den Kläger wird weiter angeführt, daß er sich Provision zahlen ließ und dabei eigene und fremde Waren an die Kunden Ls verkaufte, auch ohne dessen Zustimmung Waren in Gegenrechnung bezogen hatte. Ferner sei ein festes Gehalt gar nicht in Frage gekommen und die Spesen hätten für Stadt und Umgegend nur 3 Mark täglich betragen, für weitere Touren, die nicht unternommen wurden, sollten sie auf 12 Mark hinaufschwellen. In der dreiwöchigen Tätigkeit wurden dem Kläger 204,48 Mk. Provision voll ausbezahlt, obwohl die Warenbeträge noch nicht alle eingegangen waren und nach kaufmännischem Brauch erst dann die Provision fällig ist. Der Eid des Ehe Mannes der Geschäftsinhaberin stößt auch diese Klage um. Ueber eine geringfügige Provisionsforderung werden erst noch Vergleichs an Gerichtsstelle vorgenommen. — Eine knauserige Ulfance. Mit 320 Mark Monatsgehalt war ein kaufmännischer Angestellter in ein hiesiges größeres Geschäftshaus am 5. November in Stellung getreten, und schon nach acht Tagen erhielt er den zarten Wind mit dem Jaunpfaß, er könne jeden Augenblick austreten, wenn er sich verbessern könnte. Da dieser Rat nicht befolgt wurde, folgte am kommenden Ersten die Kündigung und am Letzten wurden ihm die verfahrenslich ausbezahlten vier Tage mit 42,50 Mark abgezogen. Dieses Geld will L. wiederhaben, da es überall Brauch sei, das volle Monatsgehalt zu vergüten. Ein Gutachten der Handelskammer dagegen hält es für geschäftlich nicht üblich, bei Späterentretten den vollen Monat zu zahlen. Der Kläger hält sich an die gedruckte Geschäftsordnung, nach der Reklamationen bei der Gehaltszahlung nur am folgenden Tage gültig seien. Was hier für den Angestellten gelte, müsse auch für den Chef bindend sein, der also nach vier Wochen kein Recht habe Abzüge zu machen. Bei dieser Gelegenheit mußte sich der Kläger fügen lassen, daß er dann auch verpflichtet gewesen wäre, bei Empfang des ersten Gehalts, der irrtümlich in der Höhe seines Vorgängers gebucht war und 5 Mk. mehr betrug, diese zurückzugeben. Auf die nicht unberechtigten Einwände des Klägers wollte die Firma nicht eingehen, da die Geschäftsordnung nur für die Verkäuferinnen gelte. Sie willigte aber schließlich in den Vergleich, der die Klage summe halbiert.

Die Christkassette in Lübeck hatte am 1. Mai 1916: 29 768 Mitglieder, darunter 149 Mitglieder von Christkassen, deren Rechte ruhen, gegen 29 589 im Jahre 1915. Auf Männer entfielen davon 16 939 (1915: 18 759), auf Frauen 12 829 (1915: 10 830). Erwerbsunfähig krank waren am letzten April: Männer 508 (1915: 455) und Frauen 452 (1915: 443). Ausweiskassette für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im April 1909 (1915: 2538) erteilt. Sterbegeld wurde im April für Mitglieder in 40 Fällen, für Angehörige in 31 Fällen gezahlt. Übertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die jagungsmäßigen Behaltungsvorschriften waren in 28 Fällen mit Strafe zu belegen. — Die freiwilligen Kassenbeiträge müssen Mittwoch und Donnerstag von 10 bis 12 Uhr vormittags in den entrichtet werden.

Gartenland für Kriegswitwen soll vergeben werden. Da es mit der Beilegung des Landes höchste Zeit wird, müssen sich Ansprücher heute nachmittags von 4-6½ Uhr im gelben Saal des Stadttheaters melden. Näheres siehe Inserat.

Was gefunden wurde. Im Monat April d. Js. sind beim Volkeamt als gefunden eingeliefert bezw. angezeigt und nicht wieder abgeholt: Mehrere Portemonnaies mit Inhalt sowie lose Geldbeträge, 1 goldene Brosche, 1 Bernsteinbräse, 2 Uhrketten, 1 Damenbluse, 1 Damenschirm, 1 Kostümkappe, 1 Westinggeteil zum Photographieren, 1 Saft Zucker, 1 Lauggewicht, 1 Kofferte, 1 Gartenschlauch, 1 Messingstange und 1 Huhn.

Vom Lübecker Lagerkassett. Nachdem das an der Wippenbrücke, dem schönsten Punkt unserer Wallanlagen, liegende Lagerkassett in seiner inneren Einrichtung fertiggestellt war, wurde es am letzten Sonnabend und Sonntag zur allgemeinen Befichtigung zur Verfügung gestellt. Zahlreiche Militärpersonen und 175 Zivilpersonen besahen sich mit großem Interesse das wohllich hergerichtete Kassett. Während das Militär freien Zutritt hatte, mußte die Zivilbevölkerung ein bescheidenes Eintrittsgeld entrichten. Die für den Geld der Karten einzunehmen 44,50 Mk. wurden in der Zentrale vom Kassen Kreuz eingeliefert, die der Abteilung für Liebesgaben, zur Versorgung der Kriegswitwen und Kinder mit Kleidungsstücken, zur Verfügung gestellt hat.

Wer ist die Lote? Mittwoch vormittags gegen 10½ Uhr wurde aus dem Flughafen in der Nähe der Burgstraße die Leiche einer 17 bis 18 Jahre alten weiblichen Person geborgen. Die

Verstorbene ist ca. 1,60 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und blaue Augen. Bekleidet war die Leiche mit blauem Kollumkleid, welches mit schwarzen Hornknöpfen mit Perlmutter-Einlage verziert ist, schwarzem Filzhut mit schwarzem Band, einem braunen gestrickten und einem braunen Planel-Unterrock, einem Korsett von roter Farbe, schwarzen Strümpfen, schwarzen Schmürstiefeln, weißem Hemd gezeichnet R. G. und weißem Beinkleid. Nach Lage der Sache dürfte die Leiche etwa acht Wochen im Wasser gelegen haben. Da die Leiche bisher nicht rekonstruiert werden konnte, werden die Personen, die über die Persönlichkeit der Verstorbenen nähere Angaben machen können, ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

pb. Diebstahl. In der Nacht zum Dienstag, dem 2. ds. Mts., ist ein vor einem Hause in der Königstraße hingestellt gewesener ¼ Meter hoher Zink-Wscheimer mit Dedel abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. — In der Nacht zum 30. vorigen Monats ist ein in der Markgrube vor einem Barbiergehäuse aufgehängt gewesenes Barbierbeden abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Fahrrad Diebstahl. Am 21. vor. Mts. ist ein vor einem Geschäftshaus in der Breiten Straße hingestellt gewesenes Fahrrad, Marke „Schnell“, mit dem vom Polizeiamt gelieferten Nummernschildern 8298 gestohlen worden. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell und ebensolche Felgen. An dem Fahrrad befindet sich die Fabriknummer 241 298.

pb. Eine Gartenbude erbrochen. In der Zeit vom 9. bis 11. vor. Mts. ist eine bei Hohenwarte aufgestellte Gartenbude erbrochen worden und aus derselben ein Spaten, ein Feststuhl und eine weißrote Fahne gestohlen.

pb. Sardinienmarder. Ermittelt wurden eine Anzahl schulpflichtiger Knaben, die einen bei Schuppen Nr. 5 hingestellt gewesenen plombierten Eisenbahnwagen geöffnet und aus demselben eine größere Menge Dosen Sardinien gestohlen hatten.

Fürstentum Lübeck. Schlechtes Brot. Der Landesnotar macht bekannt: Es wird vielfach darüber geklagt, daß das Schwarzbrot und Feinbrot nicht gehörig ausgebacken und flebrig ist und einen zu großen Feuchtigkeitsgehalt hat. Die Regierung wird demnach durch die Gendarmerie in den einzelnen Bäckereien Brotproben entnehmen und diejenigen Betriebe schließen lassen, deren Inhaber sich als unzuverlässig erweisen.

Hamburg. Ein märchenhafter Kriegsgewinn. Die Sprengstoffwerke Glüdauf A.-G. in Hamburg, die mit einem Kapital von 300 000 Mark arbeiten, hatten neun Jahre lang keine Dividende verteilt. Für 1914 wurden 40 Prozent ausgeschüttet. Die Dividende für 1915 lautet auf 30 Prozent, sie beläuft sich aber tatsächlich auf 160 Prozent, weil auf Antrag der Verwaltung beschlossen wurde, das Aktienkapital von 300 000 Mark auf 600 000 Mark zu erhöhen, und zwar durch Ausgabe von Gratzaktien, die bereits voll an dem Ergebnis des letzten Geschäftsjahres teilnehmen! Sehen Sie, das ist ein Geschäft. — Kriegszulage für die Hafenarbeiter. Vom Hafenbetriebs-Verein wird dem „S. C.“ geschrieben: „Der Hafenbetriebs-Verein in Hamburg e. V. zahlt seit Mitte November 1915 an die verheirateten Hafenarbeiter eine Kriegs-Winter-Unterstützung von 30 bis 50 Pfg. für den Arbeitstag aus eigenen Mitteln. An die Stelle derselben wird gemäß einem von der Generalversammlung des Vereins gefaßten Beschluß vom 8. Mai ab eine außerordentliche Kriegszulage zum tarifmäßigen Tageslohn von 50 Pfg. für den Arbeitstag treten, die in den Betrieben der Mitglieder selbst an die verheirateten und ledigen Arbeiter zur Auszahlung kommt. Schauerleute z. B. verdienen dann je nach der Art der Ladung 5,90 Mk. bis 6,70 Mk. für den neunstündigen Arbeitstag und 1 Mk. für jede Ueberstunde nach 6 Uhr abends.“

Bremen. Ein Naturheilkundiger unter der Anklage der fahrlässigen Tötung zweier Kinder. Ein aufföhrerregender Prozeß gegen einen bekannten Naturheilkundigen, der der fahrlässigen Tötung zweier Kinder angeklagt ist, wurde Dienstag vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts verhandelt. Ein Schiffsingenieur Hennings, der von Brandenburg gezogen war, hatte seine beiden erkrankten Kinder im Alter von zwei und drei Jahren bei dem hier seit Jahren ansässigen, 1856 in Halle an der Saale geborenen Naturheilkundigen Hermann Friedrich Däumer, von dessen erfolgreicher Behandlungswiese er gehört hatte, in Behandlung gegeben, nachdem ihm kurz vorher in Brandenburg ein Kind gestorben war, und zwar laut ärztlichem Urteil an Gehirnkrämpfen. Däumer verordnete am ersten Tage die Zimpelschen homöopathischen Mittel für Nerven-, Lungen-, Hals- und Herzkrankheiten. Erst am folgenden Tage nahm der Angeklagte eine Halsunterbindung vor und stellte weichen Belag fest, ein Anzeichen, das auf Diphtheritis hinzuweisen pflegt. Aber erst am vierten Tage erkannte der Angeklagte, daß die Kinder an Diphtheritis erkrankt seien, und wandte verschiedene homöopathische Mittel an. Der Zustand des zweijährigen Kindes verschlimmerte sich aber, und am Sonntag rief der Vater der Kinder Däumer zu sich. Der Heilkundige blieb die Nacht über bei den Kindern; am Montag morgen starb dann das zweijährige Kind. Als dann das andere Kind auf Anordnung eines Arztes ins Krankenhaus gebracht wurde, konnte es selbst durch einen Luftröhrenschnitt nicht mehr gerettet werden. Der Angeklagte beruft sich auf 38 Jahre lange Erfahrungen. Das zweijährige Kind habe anfangs blaue Flecken an der Stirn gezeigt, so daß er zunächst habe annehmen können, es sei auch an Gehirnentzündung, wie das erste der verstorbenen drei Kinder erkrankt. Mit seinen gegen Diphtheritis angewandten Mitteln habe er stets gute Erfolge erzielt. Er sei ein Gegner des Diphtheritisserums, wie fast alle auch wissenschaftlich gebildeten Homöopathen. Nach seiner Vorbildung befragt, erklärte der Angeklagte, er sei von Haus aus Werkzeugmacher für ärztliche Gebrauchsgegenstände; als solcher habe er in früheren Jahren viel mit Verboten verkehrt und Eingang in Krankenhäuser gehabt. Sein Wissen habe er dann durch Lesen wissenschaftlicher Bücher und durch den Gutachten der medizinischen Sachverständigen, des Gerichtsarztes Dr. Becker und des Obermedizinalrates Professor Dr. Loden, stetig in der Behandlungsweise der Angeklagten eine grobe Fahrlässigkeit, indem er, mehrere Tage über die Art der Erkrankung seiner kleinen Patienten im unklaren, es an einer gründlichen Untersuchung fehlen ließ, und als er endlich die schwere Erkrankung an Diphtheritis feststellte, es unterließ, ärztliche Hilfe heranzuziehen, damit durch Serumbehandlung die Lebensgefahr abgewendet werde. Als homöopathischer Sachverständiger befindet Dr. Reif, daß es sehr fraglich sei, ob Serum hätte helfen können; der Angeklagte habe demnach auch nicht die Verpflichtung gehabt, weils Serumbehandlung einen Arzt heranzuziehen. An dem weichen Belag im Halse hätte der Angeklagte nach nicht Diphtheritis erkennen können, da das Medikament, das seitens der Eltern den Kindern zum Gurgeln gegeben worden war, solche Spuren hinterlasse. Der Sachverständige sieht auf dem Standpunkt, daß nicht der Angeklagte, sondern die Eltern selbst die Verantwortung für den schlimmen Ausgang der Erkrankung tragen, da ihnen voll bewußt war, in weissen Behandlung die ihre Kinder gaben. Der zweite homöopathische Sachverständige Dr. Anke, erklärte, daß die von dem Angeklagten angewendeten Mittel der üblichen homöopathischen Behandlungsweise entsprächen. Es sei jedoch eine grobe Fahrlässigkeit, daß der Angeklagte, als ein Mann ohne wissenschaftliche Vorbildung, die Behandlung so schwer erkrankter Menschen in der Hand behalten habe, ohne einen Arzt heranzuziehen. Auch keine Untersuchung sei offenbar eine gründliche gewesen. Das Gericht schloß sich im allgemeinen den Gutachten der Sachverständigen an und erachtete es als eine grobe Fahrlässigkeit, daß der Angeklagte bei Verschlimmerung des Zustandes nicht ärztliche Hilfe heranzog oder die Ueberführung ins Krankenhaus anordnete, wodurch mit großer Wahrscheinlichkeit die Kinder dem Leben erhalten worden wären. Das Urteil lautete auf 1½ Jahre Gefängnis.

Berlin, 4. Mai. Aus München wird dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet: Die sozialdemokratische Fraktion hat im bayerischen Landtag folgende Interpellation eingebracht: In welcher Weise beabsichtigt die Staatsregierung die Wahrung des Briefgeheimnisses für Zulassisten, die an Abgeordnete gerichtet sind, sicherzustellen? Die kurze Begründung ist außerordentlich charakteristisch. Es heißt da: Es ist wiederholt vorgekommen, daß Briefe an Abgeordnete von militärischen Stellen geöffnet wurden, um sich auf diese Weise von dem Inhalt Kenntnis zu verschaffen. Hierin liegt ein schwerer Eingriff in die Rechte und die Tätigkeit der Abgeordneten, der unter allen Umständen zurückgewiesen werden muß.

Wien, 4. Mai. Heftige Witter melben aus Athen: Ein englischer Truppentransportdampfer, mit 1500 Serben von Korfu nach Saloniki unterwegs, wurde nach einer Meldung der Saloniker Zeitung „Angera“ aus Janina an der Küste des Epirus von einem Unterseeboot versenkt. Der größte Teil der Truppen soll gerettet sein. Ueber die Zahl der Opfer liegen keine näheren Angaben vor.

Saag, 4. Mai. Aus London wird gemeldet: Es liegen jetzt einige zusammenfassende Angaben über den Umfang des irischen Aufstandes vor. Die Zahl der Gefangenen beträgt bis jetzt 1800, von denen schon 1100 nach England gebracht wurden. Die Zahl der Toten auf beiden Seiten beläuft sich auf etwa 300, die der Verwundeten auf etwa 700. Viele Verwundete hatten sich noch verborgen. 200 Häuser wurden zerstört und etwa 600 beschädigt. Eine ganze Anzahl Eisenbahnlinien wurde aufgerissen. Brücken und Landstraßen wurden gesprengt.

Der Arbeitsmarkt im März 1916. Im Aprilheft des amtlichen „Reichsarbeitsblattes“ wird in der Gesamtübersicht über den Arbeitsmarkt im März 1916 gesagt: Im zwanzigsten Kriegsmonat zeigt sich nicht nur dieselbe angespannte Tätigkeit in den für die Kriegswirtschaft arbeitenden Gewerben, wie sie für die vorhergehenden Monate kennzeichnend ist, sondern es macht sich in der Gesamtlage verschiedentlich eine Steigerung der Beschäftigung sowohl gegen den Vormonat als auch gegen das Vorjahr bemerkbar. Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. April, dem Anfang des vorhergehenden Monats gegenüber eine Zunahme der Beschäftigten um 4412 oder 0,50 v. H. . . . Unter 835 017 Mitgliedern von 38 Jahverbänden waren 18 721 oder 2,2 v. H. arbeitslos. Im Vormonat wurde über 843 248 Mitglieder berichtet und eine Arbeitslosenziffer von 2,8 v. H. festgestellt. . . . Die Statistik der Arbeitsnachweise zeigt für den Berichtsmonat gegen den Februar nicht nur bei den Männern, sondern auch bei den Frauen eine Abnahme des Andranges. Es entfallen nämlich im März auf 100 offene Stellen bei den Männern 81 Arbeit suchende gegen 86 im Vormonat, und beim weiblichen Geschlecht kamen im Berichtsmonat auf 100 offene Stellen nicht mehr 167 Arbeit suchende wie im Februar, sondern nur 155.

Genossenschaftsbewegung. In die Kriegsversicherungskasse der Volkssparkasse sind bis zum 19. April 1916 für 47 149 Kriegsteilnehmer 69 378 Anteilscheine gelöst und dafür 347 880 Mk. eingezahlt worden. Bis zu diesem Tage waren bei der Zentralverwaltung 726 Versichertere mit 1428 Anteilscheinen als gefallen gemeldet worden. Wenn man nun auch annehmen muß, daß Todmeldungen noch ausstehen, so ist doch bis jetzt noch auf die Auszahlung eine Quote von nicht viel

terarisches. Die Glocke, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Darius (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München). Das eben erschienene fünfte Heft des zweiten Jahrgangs dieser nun als Wochenschrift herausgegebenen aktuellen Zeitschrift enthält folgende Artikel: August Sinnig: Der englische Frieden. Ludwig Döring: Kaluta und Sa del. Bernh. Kaulsch: Zur Strategie des Weltkrieges. Wlth. Hering: Der Kesselschmied als Sänger im Kriege. Glosse: Die verfallende Jugend. Die Woche. — Einzels hefte 20 Pfg., vierteljährig 2,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Verlustlisten. Erschienen sind: Preussische Verlustliste Nr. 520. Bayerische Verlustliste Nr. 264. Württembergische Verlustliste Nr. 377. Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen. Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Preiswerte Angebote.

In allergrößter Auswahl empfehlen wir: 2149

Neue Frühjahrs- u. Sommer-Mäntel
in Covercoat und modernen, praktischen Stoffen

10⁵⁰ 13⁵⁰ 16⁵⁰ 18⁵⁰ 22⁵⁰
und höhere Preislagen.

Neue Staub- und Regen-Mäntel
in Popeline, Alpaka und imprägnierten Stoffen

15⁰⁰ 18⁵⁰ 25⁰⁰ 30⁰⁰ 36⁰⁰
und höhere Preislagen.

Neue seidene Jacketts und Mäntel
in Taftet, Moiré und Eolienne

19⁵⁰ 22⁵⁰ 26⁵⁰ 32⁰⁰ 39⁰⁰
und höhere Preislagen.

Weisse und farbige Waschkleider
in Batist, Leinen und Schleierstoffen

12⁵⁰ 16⁵⁰ 21⁰⁰ 26⁵⁰ 29⁰⁰
und höhere Preislagen.

Weisse und farbige Waschblusen
in Musselin, Batist und Schleierstoffen

2²⁵ 3⁹⁰ 4⁵⁰ 5⁹⁰ 6⁷⁵
und höhere Preislagen.

Unterröcke aus Alpaka und Waschstoffen 2 ⁹⁰ 3 ⁹⁰ 4 ⁹⁰
Unterröcke aus Moiré 3 ⁵⁰ 4 ⁹⁰ 5 ⁹⁰
Morgenjacken aus Waschstoffen 3 ⁹⁵ 4 ⁵⁰ 6 ⁵⁰
Morgenröcke aus Waschstoffen 6 ⁹⁰ 10 ⁵⁰ 12 ⁵⁰

Neue Jacken-Kleider
aus praktischen und schwarz-weiß Stoffen
54⁰⁰ 45⁰⁰ 38⁰⁰ 36⁰⁰ **26⁵⁰**

Neue Jacken-Kleider
aus blauen, schwarzen und modern-farbigen Stoffen
85⁰⁰ 75⁰⁰ 65⁰⁰ 54⁰⁰ **45⁰⁰**

Jacken-Kleider aus Frotté und Waschstoffen 12⁵⁰ 16⁵⁰ 19⁵⁰

Kleiderröcke
aus praktischen Stoffen
8⁵⁰ 7⁵⁰ 6⁷⁵ 5⁵⁰ **3⁹⁰**

Kleiderröcke
aus blauen und schwarzen Stoffen
15⁰⁰ 13⁵⁰ 12⁵⁰ 10⁵⁰ **8⁵⁰**

Kleiderröcke
aus Frotté- und Waschstoffen
8⁷⁵ 7⁵⁰ 5⁷⁵ 4⁷⁵ **3⁵⁰**

Kinder-Kleider, Kinder-Kittel und Kinder-Blusen aus Waschstoffen.

Prinzen-Kittel reizende Ausstattungen 1,95 1,45 95 ;	Hauskleidchen hell und dunkel von 1 an	Schulkleider einfarbig und gestreift von 3 an	Weisse Kleidchen mit Stickerei von 3 an	Kinder-Blusen einfarbig und gestreift von 2 an
---	---	--	--	---

Gebr. Hirschfeld Breite Straße 39-41.

Was heißt Genuß?
Es verleiht eine Schickerei, ein Kinderwagen und ein paar Kleider.
Schwarz, 24a, 1.

Kirschwetterjaft
zur Herstellung von schmackhaften Getränken, die Flasche 1,20 Mk. in 1/2 Liter 65 Pfg. (ohne Glas) annehmen.
Schwarz, 24a, 1.

Kniep & Bartels
Die Herren, welche am Sonnabend in der Gegend um Hirschfeld ankommen, werden durch uns abgeholt bei Schwarz, 24a, 1.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei **Otto Albers**
Markt 4, Markt 10.
Höflich des Reichs-Sparbank-Ladens.

Gartenland für Kriegserwitwen.
Der hohe Senat hat uns auf unser Ersuchen ein großes gutgelegenes Areal für

Kartoffel- und Gemüsebau zugunsten von Kriegserwitwen
freundlichst zur Verfügung gestellt.
Kriegserwitwen, die bedürftig sind, eine größere Kinderzahl zu ernähren haben und sofort mit dem Anbau beginnen wollen, wollen sich heute
Donnerstag, 4. Mai,
nachmittags von 4-6 1/2 Uhr, im gelben Saal des Stadttheaters unter Vorlegung ihres Ausweises melden.
Der Landeskriegerverband Lübeck.

Lübeckischer Detaillisten - Verein.
Die Geschäfte sind am Sonntag, dem 7. Mai bis 6 Uhr abends geöffnet.

Otto Albers
Markt 4, Markt 10.
Höflich des Reichs-Sparbank-Ladens.

Bildereinstellungen Bilderleisten
Oscar Tschantz, Glasbild- u. Holzleiste-Experte, 24a, 1.
Drucksachen aller Art liefert schnellstens
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Die Redefreiheit im Reichstag.

Die Budgetkommission des Reichstages nahm am Dienstag ihre Sitzungen wieder auf. An erster Stelle stand die Beratung des Etats des Reichstages. Hierzu hatte die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft eine von uns bereits gebrachte Resolution vorgelegt.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.) begründet die Resolution und stellt fest, daß Liebknecht seine Rede nicht fortsetzen konnte, weil ihm ein fortschrittlicher Abgeordneter das Manuskript weggenommen hat. Ein anderes Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei ging sodann dazu über, Liebknecht direkt anzugreifen. Der Präsident hat gegen diese Mitglieder nichts unternommen und hat den Redner nicht geschützt. Deshalb müssen Maßnahmen ergriffen werden, solche Dinge künftig zu vermeiden. Es besteht bereits ein Verbot, die Treppen zu besteigen, die zu den Rednertribünen führen. Dieses Verbot sollte auch angewendet werden. In diese Vorgänge knüpfte sich der Versuch des Präsidenten, die Presse zu beeinflussen, keinen wahrheitsgemäßen Bericht über die Vorgänge zu bringen. Das geht über die Befugnisse des Präsidenten hinaus. Die Anträge der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft sind von dem Vizepräsidenten Paasche zurückgewiesen worden, weil sie eine Kritik der Geschäftsführung des Präsidenten enthalten haben sollen. In Wirklichkeit stellten die Anträge nicht eine Kritik des Präsidenten dar, sie forderten nur Maßnahmen, um zu verhindern, daß Abgeordnete gewaltsam am Reden verhindert werden. Zu den Funktionen des Präsidenten gehört jedenfalls nicht, die Presse zu beeinflussen. Uebrigens kann dem Reichstag das Recht nicht bestritten werden, Kritik an der Geschäftsführung des Präsidenten zu üben.

Abg. Paasche (Nat.) gibt eine Darstellung über die Vorgänge, die dazu geführt haben, daß der Bericht der Wunsch ausgebrochen wurde, den Bericht möglichst zu kürzen. Was Liebknecht gesagt hat, wurde von der Mehrheit des Hauses als landesverräterisch angesehen. Der Präsident hatte das Recht, an die Vertreter der Presse den Wunsch zu äußern, über die bekannten Vorgänge ganz kurz zu berichten, denn er vertritt auch den Reichstag nach außen. Den in die Presse gelangten Bericht hat ja auch der Präsident nicht etwa verfaßt. Die Anträge enthielten eine Kritik des Präsidenten, denn es wird ihm unterstellt, daß er die Redefreiheit nicht geschützt habe. Diese Kritik geht weit über den Rahmen des Zulässigen hinaus.

Abg. Dove (Fortshr. Bp.) bezweifelt, daß diese Resolution zum Etat des Reichstages gehört. Es wäre besser, sie der Geschäftsordnungskommission zu überweisen. Selbst wenn die Resolution angenommen würde, dann könnten auch noch Zweifel darüber bestehen, was denn nun eigentlich geschehen solle. Die Zusammenhänge der Fortschrittler mit Liebknecht fanden erst statt, als Liebknecht das Wort bereits entzogen war, er aber trotzdem versuchte, noch weiter zu sprechen.

Präsident Dr. Kaempf: In eine Diskussion über meine Präsidialtätigkeit werde ich mich nicht einlassen. Ich habe mich im Rahmen der Geschäftsordnung gehalten. Die Entscheidung darüber, wie die Geschäfte zu führen sind, ist meine Sache. Das Haus kann beschließen, ob es damit einverstanden ist oder nicht, im letzteren Falle würde der Präsident die Konsequenzen ziehen. Der Präsident hat aber auch Pflichten gegenüber dem Lande, und zwar vor allen Dingen muß er dafür sorgen, daß verderbliche Wirkungen verhindert werden.

Abg. Gröber (Ztr.) schließt sich im wesentlichen den Ausführungen Doves an. Der Beweis ist nicht erbracht, daß der Präsident seine Schuldigkeit nicht getan hat. Die Resolution kann aber nur auf diese Voraussetzungen beruhen. Dem Präsidenten muß das Recht zustehen, den Vertretern der Presse einen Wunsch zu unterbreiten. Der Reichstag braucht sich nicht geäußert zu lassen, daß ein Einspänner sich stets bemüht, das Vaterland zu schädigen. Wenn ein Abgeordneter Landesverrat zu begreifen sich anmaßt, dann verdient er keinen Schutz. Die entstandenen Szenen waren gewiß nicht schön, aber schließlich kann man sie begreifen aus der Erwägung heraus, die über das Verhalten Liebknechts das ganze Haus ergriffen hat. Vielleicht werde man dazu kommen müssen, darauf zu verzichten, alle Zwischenrufe in das Protokoll aufzunehmen. Eine absolute Redefreiheit gibt es nicht, denn der Präsident hat das Recht, den Redner am Weiterreden zu verhindern.

Abg. Scheidemann (Soz.): An der Sicherstellung der Parlamentsrechte haben wir das größte Interesse. Vor allem muß die Redefreiheit vollkommen sichergestellt sein. Anlaß zu unserer heutigen Aussprache sind die bedauerlichen Vorkommnisse im Reichstag vom 8. April. Schuld an diesen Vorkommnissen ist mehr die Veranlassung, die im Hause herrschte, als gerade die Rede Liebknechts gewesen. Sie hat mir gewiß nicht gefallen, aber wenn

man sie als Landesverräterisch bezeichnet, so muß ich dem widersprechen. Hätte Liebknecht seine ganze Rede gehalten, dann würde ihm gewankt worden und keine Spur von Schäden entstanden sein. Durch das Eingreifen einiger Abgeordneter aber konnte gerade der Ansehens erweckt werden, was für „gefährliche“ Dinge Liebknecht vielleicht noch hätte sagen können. Ich bin für jeden besseren Schutz der Parlamentsrechte, aber die Anträge der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft bergen die Gefahr in sich, daß wohl der Präsident, nicht aber die Abgeordneten mehr Rechte bekommen. Man soll Änderungen der Geschäftsordnung oder auf Änderung der Geschäftsordnung abzielende Resolutionen nicht aus dem Handgelenk vornehmen, am wenigsten in der jetzigen Zeit. Ich habe die Befürchtung, daß die Kommission, wenn wir überhaupt in die Materie hineinstiegen, wohl Änderungen vornehmen könnte, die das Gegenteil dessen bringen, was die Antragsteller wünschen. Vorformal, wie sie sich am 8. April abgepielt haben, können leicht verkehrt werden, wenn auf keiner Seite das Verantwortlichkeitsgefühl ausgeschaltet wird. Die Rednertribüne ist übrigens ausreichend geschützt durch die Bestimmung, daß der Platz um die Stenographen und auf den Treppen, die zur Tribüne führen, freigehalten werden müssen. Weitere Machtbefugnisse braucht der Präsident nicht. Darauf läuft aber der Antrag hinaus, der von der Soz. Arb.-Gem. gestellt worden ist. Die Berichterstattung über Verhandlungen des Reichstages in der Presse muß unter allen Umständen gewährleistet werden. Die Verhandlung hat erzwungenermaßen ergeben, daß der Präsident hier nicht eingegriffen, sondern nur den Wunsch geäußert hat, in einem bestimmten Falle mehr summarisch zu berichten. Wenn also Änderungen der Geschäftsordnung verlangt werden, dann müßte die Geschäftsordnungskommission die Sache gründlich prüfen.

Ledebour wendet sich gegen Gröber. Der Präsident ist nicht über jede Kritik erhaben. Daß der Präsident gesehen hat, daß Liebknecht das Manuskript fortgenommen wurde, ist nicht behauptet worden. Der Redner erklärt, die Resolution verlange keine Änderung der Geschäftsordnung. Sie wolle nur Vorkehrungen zum Schutze der Redefreiheit getroffen wissen. Die Bestimmung, die verhindern soll, einen Redner am Sprechen zu verhindern, besteht schon, aber sie muß auch angewendet werden. Darüber besteht kein Zweifel, daß kein Abgeordneter das Recht hat, gegen einen anderen tätlich zu werden. In der Rede Liebknechts war nichts enthalten, was als Landesverrat gedeutet werden konnte. Es handelt sich hier auch gar nicht um die Person Liebknechts, sondern um die Rechte des Parlamentes. In der Beschränkung der parlamentarischen Berichterstattung hat der Präsident nicht richtig gehandelt. Sein Eingreifen hat einen weit schlimmeren Eindruck gemacht, als es die Veröffentlichung des wahrheitsgetreuen Berichts vermocht hätte. Die Annahme der Resolution liegt im Interesse des Ansehens des Parlamentes.

Abg. Liesching (Fortshr. Bp.) beipflichtet eingehend das Verhalten Liebknechts, der die Parlamentsredelfreiheit mißbraucht habe. Darauf erkläre sich auch die gegen ihn bestehende Erregung und diese Tatsache mag auch das Vorgehen gegen Liebknecht begreiflich erscheinen lassen.

Abg. Koske (Soz.): Wer die Resolution ablehne, schädige weder das Parlament, noch seine Rechte. Gelegenheitsgesetze haben stets ihre großen Nachteile. Die Tendenz der Resolution ist, die Disziplinalgewalt des Präsidenten zu kürzen. Das Volksbureau hat zuerst einen eingehenden Bericht über die Szene verbreitet, der auch von vielen Blättern abgedruckt worden ist. Erst später wurde der Bericht zurückgezogen. Aus ersterer Tatsache gehe hervor, daß eine Unterdrückung wahrheitsgemäßer Berichte nicht stattgefunden hat. Mit dem zweiten Teil der Resolution erweist man das Gegenteil dessen, was anscheinend damit bezweckt werden soll. Wenn man die Disziplinarbefugnisse des Präsidenten stärkt, dann kann das für die Redner der Opposition später recht unangenehm werden. Man möge die Angelegenheit in der Geschäftsordnungskommission besprechen; er werde jedenfalls gegen die Resolution stimmen.

Abg. Dertel meint, man müsse dem Präsidenten dankbar sein, daß er bestrebt war, das Interesse des Vaterlandes zu wahren. Wenn die Angelegenheit der Geschäftsordnungskommission überwiesen werde, seien die Konservativen gern bereit, an der Erweiterung der Rechte des Präsidenten mitzuarbeiten.

Abg. Hoch (Soz.) erklärt darauf, daß diese Drohung ihn nicht berühren könne. Es gelte, die Rechte der Minderheit zu schützen. Wenn man auch das Verfahren eines Abgeordneten nicht billige, dürfe man ihm doch immer nicht vorwerfen, er schädige die Heimat. Daß die Presse beeinflusst wurde, kann nicht bestritten werden. Das müßte einen weit schlechteren Eindruck machen, als wenn man Liebknecht hätte reden lassen, der Schlichter wäre dann in der Lage gewesen, die Ausführungen Liebknechts zu widerlegen. Die Resolution ist nur ein Protest

gegen die Unterdrückung der Minderheit. Er werde deshalb für die Resolution stimmen.

Abg. Ledebour polemisiert kurz gegen Dove und stellt fest, daß dem Präsidenten im ersten Teil der Resolution kein Tadel ausgesprochen werden soll. Dagegen will der zweite Teil zum Ausdruck bringen, daß die Beeinflussung der Presse nicht zu billigen ist. Wenn die Konservativen die Resolution benützen wollen, die Redefreiheit einzuschränken, so wäre das keine Konsequenz der Resolution, sondern eine mißbräuchliche Anwendung.

Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen dem Abg. Ledebour und Gröber kam es zur Abstimmung. Der erste Satz der Resolution wurde abgelehnt gegen die Stimmen der Abgeordneten Hoch, Hofrichter, Ledebour und Giebel. Der zweite Absatz wurde abgelehnt gegen die Stimmen der Abgg. Hoch, Hofrichter und Ledebour.

In der Sitzung am Mittwoch gelangte zunächst das Gesetz über die Kapitalabfindung der Kriegsbeschädigten zur Beratung.

Manifest des Internationalen Sozialistischen Bureaus.

Das Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Bureaus hat an die angeschlossenen Parteien ein bereits kurz vorher abgefaßtes Manifest erlassen, das folgenden Wortlaut hat:

Haag, den 1. Mai 1916.

Werte Genossen!

Am traditionellen ersten Mai demonstriert das Proletariat für den Frieden. Wir stehen heute im 637. Tag des Weltkrieges, und die Arbeiter, die sich gezwungen sehen, auf den Schlachtfeldern gegeneinander zu kämpfen, vertreten trotz der bürgerlichen Klassen die Idee, eine Welt zu schaffen, in der das Recht an die Stelle der Gewalt tritt. Unsere Tätigkeit ist unablässig von diesem Gedanken geleitet worden.

Auf dem Anheimischen Kongreß der holländischen Partei wurde im Namen des Exekutivkomitees des Internationalen Bureaus eine Darlegung gegeben, worin festgestellt wurde, daß wir keinen Augenblick aufgehört haben, in den Grenzen der Möglichkeit die Aufgaben zu erfüllen, die uns von den internationalen Kongressen aufgetragen worden sind. Wir haben die Verbindungen aufrechterhalten zwischen der Zentrale und den angeschlossenen Parteien. Diese haben in den Konferenzen von Kopenhagen, London und Wien bekräftigt, daß sie dem leitenden Gedanken unseres internationalen Revolutionen treu bleiben.

Seit Beginn der Feindseligkeiten sind wir immer wieder erlucht worden, das Internationale Sozialistische Bureau zusammenzubringen; aber vom ersten Augenblick ab haben wir gewankt, daß, wenn eine vollständige Zusammenkunft der Delegierten bewirkt werden soll, dies nur geschehen könne unter Zustimmung und Mitwirkung aller in Frage kommenden Parteien, während, freilich, daß einige den richtigen Augenblick hierzu noch nicht gekommen erachteten.

Diese vorsichtige Haltung hat uns der Kritik ausgelegt. Ungeduldige Genossen haben nicht gezögert, die Gründe der Parteien unbeachtet zu lassen und haben versucht, in die Internationale die Latit der Zensurierung zu tragen, die zumeist die sozialistische Bewegung in den Ländern kennzeichnet, wo die Demokratie erst noch zur Entwicklung gebracht werden muß. Anfangs nannten sich diese bescheiden Minderheit und bestritten, das Internationale Sozialistische Bureau ausschalten zu wollen; aber dann erklärten sie zwar aufrichtig, aber eigenmächtig, die zweite Internationale sei untergegangen und sie kündigten die Einberufung einer dritten Internationale an, welche jedoch nicht durch die Parteien der größten Länder anerkannt ist, ohne welche eine Internationale keine Lebenskraft haben kann. Die Erfahrung hat bereits gelehrt, daß unsere Auffassung die richtige gewesen ist. Einen neuen Beweis hierfür finden wir darin, daß sowohl die französische als auch die englische Minderheit, die jede für sich beschloß, die sofortige Zusammenberufung des Internationalen Bureaus zu vertreten und dennoch erklärten, das Exekutivkomitee möge nicht auf die Beschlüsse der angeschlossenen Parteien eingehen.

Zu ihrem Aerger hat die Internationale keinen Augenblick aufgehört zu wirken. Die Parteien haben ihr Auftreten fortgesetzt in der Richtung ihrer Entwicklung, doch sie haben dabei mit großen und verworrenen Mühseligkeiten zu kämpfen gehabt, je nach der Verantwortlichkeit. Sie konnten nicht tun, was sie wollten; sie haben aber versucht, zu tun, was sie konnten. Es ist das Bewußtsein der gegenseitigen Verantwortlichkeit, das den tieferen Untergrund bildet für die Haltung, die die Parteien von Frankreich, Deutschland, England, Oesterreich und Ungarn — um nur einige Kriegführenden zu nennen — gegen das Internationale Sozial-

Der Werwolf.

Roman von Wilibald Alexis (W. Häring).

58. Fortsetzung.

„Auch habe ich stets, wo ich sie hörte, dagegen eingewandt, daß Gott durch den Weg, den er gnädig dem Columbus zeigte, uns den wies, wie wir den verflümmerten roten Menschen dort die Segnungen unserer Religion brächten.“

Joachim blühte verächtlich den Redner seitwärts an: „Du siehst, so weit dein Auge trägt, weiter nicht. Die Natur gab er uns, sie zu beherrschen, indem wir sie ergründen. Da setzte er keine Schranken als unsere Schwäche, weil die Mächte der Natur gegen seine heiligen Sagenen unumstößlich sind. Und da so ein Zauberer alle Sterne in seine Hand jagte und ihre geheimen Kräfte ausspreizte, hätten sie Macht, von Sanct Peters Felsen nur einen Stein zu zerhackern?“

Ein zweiter ferner Donner rollte, und die Luft schien sich zu regen. Kaum hatte Joachim das Aug' an das Fernrohr gebracht, als er aufsprang. Aller Augen waren in die Höhe gerichtet, aller Herzen schlugen bang. Die alten Krieger am Berge unten rauschten, ihre Äste schüttelten. Der Wind wehte Staubwirbel in die Höhe; wohin man sah, zogen Gewitter zusammen: von Schöneberg, von den Müggelbergen lösten sich die Wolken, und mochten, eine schwarze dicke Masse, über die Treptower Heide, und jenseits der Städte um Mitternacht, erhob sich langsam eine dicke Wetterwand. Kein Laut unter den Hunderten auf dem Berg: nur die Krähen schrien in der verfinsterten Luft, und wie ermattet schossen sie zwischen den Lagern nieder. Als jetzt ein Blitz die Landschaft bläulich übergoß und ein heftiger Donnererschlag folgte, waren alle auf die Knie gesunken. Auch die Hellschärdiere um der Kurzfürzen.

Aber die Donner rollten nicht weiter, die Blitze schlugen nicht nieder, nur die Pferde scharrten vor Angst. Kein Regenschauer kühlte die Luft, aber der Wind trieb Wolken Staubes über die Köpfe. Und kaum war um das Drittel einer Viertelstunde verstrichen, als der Himmel wieder hell ward; die Nachmittagssonne schien blendend auf die weiße Spitze des Berges, die Turmspitzen der Stadt blinkten wie pures Gold, und die Vögel platterten wieder läufig in den Lüften. Des Himmels Schleißen hatten sich nicht eröffnet, es kam keine Einsicht. Das sahste jeder, das wußte jeder, und einer erhob sich still nach dem andern; Joachim war der letzte gewesen. Wie jag er, blaß vor sich hinstarrend, auf seinem Feldhuhle. Er sah nichts mehr, er sah in sich hinein.

Im Lager war es jetzt wie Unruhe und Anspannung. Das Zeit der Anspannung war vom Sturm umgeworfen, und sie lag es nicht

wieder aufrichten. Sie war in Aufrichtung: sie sprach heftig, wie man es selten gehört, mit dem Dr. Mustulus, mit dem Hofmarschall Krauchwitz und anderen vornehmen Herren. Die alle neigten sich tief, aber zuckten die Achseln.

„Wenn seine Finger so mit der Halskrause spielen, darf man ihm nicht nahe kommen.“ flüsterte der von Krauchwitz.

„Er hörte uns doch nicht an,“ meinte der alte Minister Schlieben, der sich auf einer Säule erst nachhin auf den Berg tragen lassen. Er hatte die Nachricht gebracht von der Unfähigkeit in den Städten und fürchtete, daß es inzwischen schlimmer geworden, da er auf dem Umweg über Schöneberg gekommen.

„Christus, mein Heiland, so ist es ja heilige Pflicht, zu ihm zu sprechen.“

„Man darf seiner Durchlaucht nicht davon sprechen, daß das Volk aufwändig wird. Er glaubt es nimmer,“ bemerkte ein anderer.

„Wir verreden nur das Volk“, sagte ein Dritter hinzu, „und lieben unsern Mund; er kenne es besser, das gibt er stets zur Antwort.“

„So muß er's sehen mit eigenen Augen!“ rief Ellsäcker.

Die Höfliche ferkten noch tiefer ihre Köpfe.

„Bredow, wäre dein Mann hier!“

Der alte Schlieben schüttelte sein weißes Haupt.

„Ist denn kein einziger treuer Brandenburgischer unter so vielen, der seinem Fürsten die Wahrheit zu sagen mag. Ihr Herren, es ist um ihn, um euch, um das Land, um seines Hauses Ehre! Einer muß sprechen — er muß ihn hören.“

„Wo er vermeint, daß er auf Gottes Eingebungen handelt, hört er nur auf Theologen“, entgegnete Schlieben. Alle waren einig, nur eine theologische Disputation könne ihn bewegen.

Da hatte die Fürstin rasch den Hofprediger Mustulus beiseite gezogen. Der ehrwürdige Mann zitterte, und doch mußte in den Worten Ellsäcker's diesmal eine Gewalt liegen, welcher er nicht widerstand. Die Hand auf der bang klopfenden Brust hatte er sich tief vor der ehlen Frau gebeugt, und schweigend war er mit dem seihen Schritt eines Märtyrers an den Propp von Berlin getreten. Er liebte den Mann nicht, aber er sprach und regte. Der Propp hatte die Achseln gezuckt, die Hand geschüttelt: „Ich will aufpassen: eine theologische Disputation ist das einzige, was er nie abläßt.“ Er hatte angestopft, ihm war geöffnet worden; und jetzt hand Andreas Mustulus wirklich von Joachim, und die theologische Disputation hatte begonnen.

Die Höfliche, welche gemeint, daß der Propp den Hofprediger dem Fürsten zugeführt, etwa wie man dem ergrimmten Löwen eine Maus in den Rüssel wirft, mußten nicht richtig sein; der Fürst geriet dem Doktor Mustulus nicht, als er mit löwenber Stimmte sprach. Und seit jenseit keine Einsicht mehr kommen,

die die Erde verderbe, und Meinen Bogen habe ich gesetzt in die Wolken: dies sei das Zeichen des Bundes, den ich aufgerichtet habe zwischen mir und allem Fleisch auf Erden; so sprach der Herr zu Noach, das war der Bund, den Gott mit Noach geschlossen, und daß der Bund noch heute gilt, sehen wir noch heute sein Zeichen am Firmamente.“

„Zweifelst du, daß Gottes Allmacht eine Verheißung zurücknehmen kann?“

„Zeigt mein Fürst mir die Stelle in der Heiligen Schrift, wo Gott diese Machtvollkommenheit sich vorbehielt, dann lege ich meine Zweifel nieder.“

„Das riecht nach wittenbergischen Argumentationen, Mustulus. War' er denn noch Gott, der alles können muß im Himmel, wie der Fürst auf Erden, wann er das nicht könnte.“

„Gott hat sich nimmer widerprochen.“

„Jedoch geruht hat es ihn, das steht auch in der Schrift, es ruuete ihn, daß er die Menschen gemacht hatte auf Erden, und es beklammerte ihn in seinem Herzen.“ Kaput 6, Vers 6 der Genesis, lies es nach, Mustulus.“

„Aber Kaput 8, Vers 21 spricht Gott wieder: „Ich will hinfort nicht mehr schlagen alles, was da lebet, wie ich getan habe. So lange die Erde steht, soll nicht aufhören Same und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht.“ So ein Fürst eine solche Verheißung tät einem Volke, und setzte ein Zeichen darauf, wie Gott tat durch den Regenbogen, dann ist ein Bund, den keiner brechen kann für sich allein, und sie müssen beide einwilligen, wenn er aufhören soll.“

„So meinst du“, sagte Joachim nach einigem Nachdenken, „Gott könne einen Teil seiner eigenen Freiheit aufgeben! — Das häßliche Dösel, der Schöpfer würde untertan einer Macht über ihm. Das führte uns direkt zum Heidentum. Ueber den Gözen war das Fatum, über Gott nur Gott selbst.“

„Das Gesetz, das er selbst setzte.“

„Was ein Fürst kann, muß Gott auch können: nach höchsten Notwendigkeit aus seiner höchsten Weisheit ein Gesetz ansetzen. Und was ist's? Die Welt ist endlich, nur Gott ist ewig. Wo ist da Zeichen dafür in der Schrift, daß dieser Erdball nie untergehen wird? Haben die Propheten, hat Moses, Christus, es vorhergesagt? Und was haben wir mehr Vortradt als die fünftausend Jahre vor uns lebten, aber die fünftausend Jahre nach uns leben werden. War eine Zeit schon göttlos wie diese?“

„Das leugne nicht, aber — in der Schrift steht es nicht.“

„Was in der Schrift nicht vollendet ist, ward fertig in der Tradition. Was in der Schrift nicht steht, da tritt die Weisheit mit ihrem Rechte ein.“

Wichtiges Bureau eingenommen. Trotz der tiefen Unterwürfigkeit, die sie trennen, sind sie mit uns der Meinung, daß das Ausschließende Komitee sich nicht anmaßen möge, als Richter gegen die Parteien aufzutreten, oder zu handeln ohne sie, oder sich auf ihre Plätze zu stellen. Das Komitee ist und muß bleiben ein Band zwischen den Parteien.

Die Besprechungen, die durch uns mit den Abgeordneten oder Parteiführern der verschiedenen Parteien geführt wurden, haben uns die Überzeugung gebracht, daß die Uneinigkeit in der Hauptfrage gipfelt in der Festsetzung des Zeitpunktes des Friedens. Einige wollen den Frieden sofort und zu jedem Preis; für sie geht es vor allem um die Beendigung des Krieges. Andere verwerfen den Frieden in diesem Augenblick; nicht weil sie den Frieden nicht begehren, sondern weil nach ihrer Überzeugung ein Frieden unter den augenblicklichen Umständen ein sehr mangelhafter sein würde. Ihr Streben ist vor allem auf das Unmöglichmachen von Kriegen gerichtet.

Alle erklären in ihren Resolutionen, in ihren Reden, in ihrer Presse, daß der Augenblick des Friedens um so näher kommt, je klarer die Welt sich Rechenschaft gibt von dem Endziel des Krieges.

Für uns steht fest, daß auf dieser Linie die Einheit des Auftretens des Proletariats erreicht werden kann.

Sicher ist, daß wir noch nicht über die Macht verfügen, dem Krieg ein Ende zu bereiten; aber indem wir unser Streben auf dieses Ziel richten, können wir bereits unseren Einfluß auf die Vorbedingungen des Friedens geltend machen: denn der Inhalt des Friedens soll die politischen Verhältnisse der Zukunft und damit das Schicksal des kommenden Geschlechts bestimmen. Die Arbeiterklasse hat dabei das allergrößte Interesse, ihre Stimme zum Ausdruck zu bringen, auf daß der Friede von morgen nicht den Keim neuer Konflikte enthält; daß der Friede von morgen nicht ein Werk der Politik zu werden vermag, die die Tendenz hat, den militärischen Krieg zu verlängern durch einen ökonomischen Krieg; sie hat das allergrößte Interesse, um die Grundlagen zu schaffen für ein demokratisches Europa und für eine Rechtsordnung, die uns der Zeit näher bringt, da wir von dem Andenken des Krieges für immer befreit sein werden. Der Friede muß nicht ausschließlich durch die Regierung diktiert werden, und wenn wir in normalen Zeiten uns der geheimen Diplomatie widersetzen, so tun wir das mit doppelter Kraft, wenn es am Ende eines Weltkrieges darum geht, die Grundlagen für einen Friedensvertrag zu schaffen, der für lange Zeit das politische, nationale und gesellschaftliche Leben von Millionen und aber Millionen bestimmen soll.

Wir fordern, daß man alle angefallenen Parteien ohne Ausnahme auf sich unverzüglich Rechenschaft abgeben lassen und den politischen Aufgaben, die nach ihrer Meinung bei den Friedensbedingungen eine Lösung verlangen. Die Aufgaben betreffen sowohl die Beendigung des Krieges, als das Unmöglichmachen weiterer Kriege. Sie umfassen all die Punkte, die in den Resolutionen von Kopenhagen, London und Wien angedeutet sind.

Um diese Forderung durchzusetzen, haben wir eine Zusammenkunft der Abgeordneten der angelsächsischen Sozialistischen Parteien und Arbeiterparteien der neutralen Länder im Haag auf den 28. Juni 1918 anberaumt. Der Tag ist festgelegt auf Eruchen der Sozialistischen Parteien der Vereinigten Staaten von Argentinien.

Kameraden! Der Krieg hat in den Reihen des internationalen Proletariats einen Konflikt verursacht. Demgegenüber muß es

mit jedem Tag deutlicher, daß der Kapitalismus verurteilt aus dem Kriege hervorgeht. Um dieses System zu überwinden und die Arbeiterklasse zu befreien, ist es notwendig, daß die Proletarier aller Länder ohne Unterschied der Rasse und der Nation sich wieder zusammenfinden.

Aus der Partei.

Meißner in Leipzig. Die Leipziger Parteigenossenschaft hat trotz der polizeilichen Hemmungen ihre Meißner gehabt. Für den Abend eintreffende Versammlungen waren durch die polizeilichen Bedingungen unmöglich gemacht worden. Die Redner sollten alles vermeiden, was geeignet sei, den Bürgerfrieden zu stören, sollten nicht über Kriegs- und Friedensziele und Lebensmittelpreiserhöhung sprechen, und die Leiter und Redner der Versammlungen, die Polizeirat Dr. Michael erst persönlich sprechen wollte, sollten ihn ehrenwörtlich versichern, daß auch Debatte über keine Ausführungen über die angegebenen Punkte machten. Die Partei sollte also die Funktion der Polizei übernehmen, was sie natürlich dankend ablehnte. Da ferner auch die Vortragsmanuskripte eingezogen wurden, verzichtete die Parteileitung auf die Abhaltung der fünf Versammlungen. Statt dessen wurde am Nachmittag des 1. Mai vom Albertpark aus ein Spaziergang nach Dörsch bei Leipzig gemacht, der denn auch seinen Zweck erfüllte. Die Polizei zeigte sich um das Wohl der Spaziergänger außerordentlich besorgt. Fast die gesamte Schutzmannschaft war aufgeboten. Als die Genossen aus den Vororten zum Treffpunkt gingen, waren die Straßen und Plätze, die Promenade und der Albertpark mit uniformierten und geheimen Schergen besetzt. Außerdem standen überall starke Trupps Reiter, so an der Amtshauptmannschaft (in der Nähe des Albertparks) drei Trupps von je 20 Mann. Geheimpolizisten begleiteten dann den Zug auch durch die Wälder bis nach Dörsch, wo sie auch im Gasthof „Zur Linde“ mit Nahrung nahmen. Zu tun bekam die Polizei natürlich nichts. Der Erfolg des Massenaufgebotes war lediglich ein praktischer Anschauungsunterricht für die vielgerühmte Neuorientierung „und für die Gleichheit“ der Staatsbürger.

J. W. Mann, Millionär und Sozialist. Am 17. April starb in Glasgow James Alexander Mann im Alter von 84 Jahren. Er war Direktor der schottisch-kanadischen Dampferlinie und seit 1906 Mitglied der unabhängigen Arbeiterpartei. Als sozialistischer Vertreter wirkte er mehrere Jahre im Stadt- und Schulrat von Glasgow, wo er sich um die Jugendberziehung und Armenverwaltung große Verdienste erwarb. Als Redner genoss er dem Schiffpersonal Gewerkschaftsbedingungen und anerkannte die Arbeiterorganisationen. Er schrieb auch zuweilen für den „Labour Leader“.

Nahrungsmittel-Erfälschung zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte etwa zwei bis drei Monate täglich dem Feinbrötchen Solzmehl zugelegt und zwar vier bis fünf Pfund auf 120 Brote. — Es ist ganz ausgeschlossen, daß durch eine so auffällig geringfügige Bestrafung der Lebensmittelerfälschung Einhalt geboten werden kann.

Der Hochverratsprozess gegen die schwedischen Jungsozialisten. Meldung des Svenska Telegrammbureau: Die wegen Hochverrats angeklagten Jungsozialisten sind zu Zwangsarbeit verurteilt worden. Abgeordneter Höglund zu dreijähriger, Journalist Oljelund zu einjähriger und Dr. Heden zu einjähriger Zwangsarbeit.

Aus Nah und Fern.

Mutmaßlicher Mord. In einem Hause der Wassertrasse in Berlin im Dachgeschoss wurde die Straßenterroristin Gerold, geborene Franke in ihrer Wohnung in einer Blutlache aufgefunden. Es dürfte ein Mord vorliegen. Frau Gerold, deren Mann im November 1914 im Felde gefallen ist, soll im Besitz von mehreren hundert Mark Geld gewesen sein. Auf die Ergreifung des Täters ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Die zwei kleinen Kinder der Toten waren in der Wohnung, als mutmaßlich der Mord geschah.

Ein gemeiner Kerl. Der „Ananti“ brachte kürzlich dieses nette Bildchen eines moralisch Verkommenen:

„Es war ein heißes Bad in Schwarzem Blut notwendig nach soviel heuchlerischen Laisheiten von Muttermilch und Bruderküssen. Es war eine ordentliche Begießung mit Blut nötig. Vor allen Dingen, wir sind unser zu viele gemorden; und der Krieg nimmt eine Unmenge von Menschen weg, die nur lebten, weil sie eben geboren waren. Unter den Tausenden von Leuten (wörtlich carogne), die im Tod vereinigt sind und sich nur noch durch die Farbe der Uniform unterscheiden, wieviele sind denn darunter, die man zu hemeinen oder deren wir uns auch nur zu erinnern brauchen? Ich verneine meinen Kopf, daß sie nicht an die Zahl der Jünger und Jünger heranzureichen. — Man halte uns nicht zur Gemütsberuhigung die Tränen der Mütter vor! Zu was sind nach einem gewissen Alter die Mütter überhaupt noch zu gebrauchen als zum Heulen? Der Krieg nützt außer dem Landwirt und dem Neuzuglichen. Die Schlachtfelder liefern für viele Jahre einen erheblich höheren Ertrag als zuvor ohne irgendwelche Düngerkosten. Was für schöne Kohlköpfe werden die Franzosen essen, wo die deutschen Infanteristen sich aufhäufen, und welche dicke Kartoffeln wird man im nächsten Jahre in Galizien ernten? Wir wollen den Krieg lieben und ihn als Feinschmecker auskosten, solange er dauert.“

Der Epigramme. Der Herr Oberstabsarzt tritt in den Krankenjaal. „Rufen Sie mir mal die Hilfschwester, die hier Dienst macht!“ sagt er zu einem Kranken. Weil sich aber niemand rühmt, wiederholt der Arzt: „Nun, so ruf doch einer. Sie soll sofort zu mir kommen!“ Der Arzt geht auf den Gang hinaus, da er aber nicht ruhen hört, kommt er gleich wieder zurück. „Ja, zum Donnerwetter!“ schreit er ungeduldig. „Ihr seid doch alle schon wochenlang auf diesem Zimmer, da werdet Ihr doch wissen, wie die große, starke Hilfschwester heißt?“ Nach längerer Pause sagt endlich ein Kranken: „Nei, Herr Oberstabsarzt, mir wisse es nit, mir nenne je allweil bloß Elefantine.“

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Dienstmädchen zu Tode gemartert. Das Schwurgericht in Berlin verurteilte die Frau Klara Koh wegen vorläufiger Körperverletzung, begangen am dem 17jährigen Dienstmädchen Minna Neumann, mittels gefährlicher Werkzeuge unter Verletzung mildernder Umstände, zu drei Jahren Gefängnis, wovon sechs Monate der Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet wurden. Das Dienstmädchen Neumann war ein ostpreussischer Flüchtling und infolge der erlittenen Mißhandlungen gestorben.

150 Mark Geldstrafe für ein gemeines Vergehen! Obermeister Wertenich von der Adler Wäckerinnung wurde wegen

Unordnung des Ausgabes für Kriegshilfe für die Ausgabe von Kartoffelkarten im Bereiche der Stadtgemeinde Lübeck.

- Gegen Rückgabe des Kopfes der ebenfalls ausgegebenen Kartoffelkarten werden für die Zeit vom 7. Mai bis 5. Juni d. J. neue Kartoffelkarten ausgestellt. Wer bisher noch nicht im Besitze einer Kartoffelkarte gewesen ist, hat keine Karte vorzulegen. Zur Entnahme von Kartoffeln ist nur berechtigt, wer nicht mehr als 50 Pfund Kartoffeln auf den Kopf seiner Haushaltsmitglieder besitzt, in seinem Besitz hat.
- Für die Ausgabe der Kartoffelkarte ist soweit nicht unter III etwas anderes bestimmt ist, die in der Anlage abgedruckte Bescheinigung maßgebend. Der Antrag auf Ausgabung der Karte darf nur in einem Bezirk, und zwar in demjenigen Bezirk gestellt werden, in dem der Antragsteller seinen dauernden Aufenthalt hat. Bei wechselndem Aufenthalt ist die zuständige Stelle nachzugehen.
- Nur die im Bereiche der Stadtgemeinde Lübeck belagerten Gorte, Seeje und Schwanenwischen, sowie für solche öffentlichen und privaten Anstalten, welche Kost gewähren, und für welche erfolgt die Ausgabe der Karte ausschließlich durch den Antrags für Kriegshilfe, Abteilung Kartendruckerei, Königstraße 12. (Städtische Kartoffelstelle).
- Die Bescheinigungen gelten nur für die Zeit, für welche sie ausgestellt sind. Nach Ablauf dieser Zeit verlieren sie ihre Gültigkeit. Es darf alsdann auf sie nicht mehr entnommen noch verwandelt werden.
- Die Ausstellung der Kartoffelkarten erfolgt am Freitag, dem 5. Mai, von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 8 Uhr.
- Der Antragsteller wiederholt oder unrichtige Angaben macht, wird nach § 10 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Bescheinigungsbefugnisse im Frühjahr und Sommer 1918 vom 7. Februar 1918 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 150 Mark bestraft.

Der Ausschuss für Kriegshilfe. (145)

Anlage zur Unordnung des Ausgabes für Kriegshilfe über die Ausgabe der Kartoffelkarten.

Bezirk	Abgrenzung	Ausgabestelle
A. Innerer Stadt.		
1	St. Jürgen I: ...	Bürgermeier, Königstr. 25
2	St. Jürgen II: ...	Königstr. Nr. 6, I
3	St. Jürgen III: ...	Dona-Rosenstraße, Dona-Königstr. Nr. 5
4	St. Jürgen IV: ...	III. Stabs- u. Militärkommando, Königstr. Nr. 7
B. Vorstadt.		
5	St. Jürgen I: ...	Königstr. Nr. 25
6	St. Jürgen II: ...	Königstr. Nr. 6, I
7	St. Jürgen III: ...	Dona-Rosenstraße, Dona-Königstr. Nr. 5
8	St. Jürgen IV: ...	III. Stabs- u. Militärkommando, Königstr. Nr. 7
9	St. Jürgen V: ...	Königstr. Nr. 25
10	St. Jürgen VI: ...	Königstr. Nr. 6, I
11	St. Jürgen VII: ...	Dona-Rosenstraße, Dona-Königstr. Nr. 5
12	St. Jürgen VIII: ...	III. Stabs- u. Militärkommando, Königstr. Nr. 7
13	St. Jürgen IX: ...	Königstr. Nr. 25
14	St. Jürgen X: ...	Königstr. Nr. 6, I
15	St. Jürgen XI: ...	Dona-Rosenstraße, Dona-Königstr. Nr. 5
16	St. Jürgen XII: ...	III. Stabs- u. Militärkommando, Königstr. Nr. 7
17	St. Jürgen XIII: ...	Königstr. Nr. 25
18	St. Jürgen XIV: ...	Königstr. Nr. 6, I
19	St. Jürgen XV: ...	Dona-Rosenstraße, Dona-Königstr. Nr. 5
20	St. Jürgen XVI: ...	III. Stabs- u. Militärkommando, Königstr. Nr. 7

Bezirk	Abgrenzung	Ausgabestelle
7	St. Lorenz I: ...	Gasthof zum Renterberg, Weislinger Allee 12
8	St. Lorenz II: ...	Gasthof Drei Ringe, Königstr. Nr. 3
9	St. Lorenz III: ...	Gasthof Hoffhagen, Fadenburger Allee 22
10	St. Lorenz IV: ...	Waijenhoffer Nr. 23 (Schauwirtschaft von Wiende)
11	St. Lorenz V: ...	IV. St. Lorenzschule, Fadenburger Allee 71
12	St. Gertrud I: ...	I. St. Gertrudschule, Schulstr. Nr. 22
13	St. Gertrud II: ...	II. St. Gertrudschule, Heinrichstr. Nr. 19/21
14	St. Gertrud III: ...	Bezirks-Schule Travemünde
15	St. Gertrud IV: ...	Schulstr. Nr. 22
16	St. Gertrud V: ...	Schulstr. Nr. 22
17	St. Gertrud VI: ...	Schulstr. Nr. 22
18	St. Gertrud VII: ...	Schulstr. Nr. 22